

Die „Vorwärts“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus für Groß-Berlin 16 M., im voraus zahlbar. Für Verträge nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, das Baltikum, Mittel- und Ost-Europa, die russischen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für den Rest von Europa 22 M., für die Türkei 24 M., für die Schweiz 26 M., für die USA 30 M., für Australien 32 M., für Südamerika 34 M., für die Fernost 36 M., für die Westindien 38 M., für die Südsee 40 M., für die Antillen 42 M., für die Karibik 44 M., für die Philippinen 46 M., für die Ostindien 48 M., für die Südsee 50 M., für die Antillen 52 M., für die Karibik 54 M., für die Philippinen 56 M., für die Ostindien 58 M., für die Südsee 60 M., für die Antillen 62 M., für die Karibik 64 M., für die Philippinen 66 M., für die Ostindien 68 M., für die Südsee 70 M., für die Antillen 72 M., für die Karibik 74 M., für die Philippinen 76 M., für die Ostindien 78 M., für die Südsee 80 M., für die Antillen 82 M., für die Karibik 84 M., für die Philippinen 86 M., für die Ostindien 88 M., für die Südsee 90 M., für die Antillen 92 M., für die Karibik 94 M., für die Philippinen 96 M., für die Ostindien 98 M., für die Südsee 100 M.

Die schlagzeilige Kopierpresse über deren Raum kostet 4.- M., einschließlich Transportkosten. Kleine Anzeigen: Das letzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Belege in West-Anzeigen: das letzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

STREIFEN

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Explosionskatastrophe in der Pfalz

Das Schlachtfeld der Arbeit

Mit tiefer Erschütterung lesen wir die Berichte über das große Explosionsunglück in der Pfalz. In tausende Familien ist schweres Leid eingeleitet, die Zahl der Toten wird auf viele Hunderte berechnet, tausendfach ist die Ziffer der Verletzten. Das Schlachtfeld der Arbeit hat wieder Opfer über Opfer gefordert. Die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit wird ihr Solidaritätsgefühl mit ihnen auch diesmal bekunden, sie wird es aber nicht dabei bewenden lassen, sondern verlangen, daß eine gründliche und ernste Untersuchung über die Ursachen des Unglücks angestellt und daß Vorkehrungen getroffen werden, daß die Arbeiter und die Angestellten auch in den gefährlichsten Betrieben ihre Tätigkeit so ausüben können, daß sie nicht ständig von Todesgefahren umlauert sind. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen müssen sofort eingeleitet werden; man muß aber verlangen, daß ihre Durchführung nicht allein den bürokratischen Behörden überlassen bleibt, sondern daß die Organe der Arbeiterklasse die Kontrolle darüber übernehmen.

Der Ort der Katastrophe

Ludwigshafen, 21. September

Die Direktion der Anilinfabrik teilt folgendes mit: Es ist nunmehr einwandfrei festgestellt, daß die Explosion im Oppauer Werk in einem Lager Kattgarnen hat, in dem 4000 Zentner Ammoniumsulfatpulver lagerten. Bevor zur Herstellung und Einlagerung dieses Produktes geschritten wurde, war es sowohl in der Anilinfabrik als auch anderwärts eingehend untersucht worden, so daß eine Explosionsgefahr für vollkommen ausgeschlossen galt. Ueber die näheren Umstände der Entstehung der Explosion ist die Untersuchung im Gange. Bis zur Stunde ist die Zahl der Opfer an Toten und Verletzten, da das Unglück in die Zeit des Schichtwechsels fiel, noch nicht festzustellen.

Berichte von Augenzeugen

Mannheim, 21. September.

Die heutigen Abendblätter bringen spaltenlange Berichte von Augenzeugen über das furchtbare Unglück in Oppau. Nach dem „General-Anzeiger“ ereignete sich im Bau 37 und 38 die Explosion eines Gaslampenreservoirs unter Bildung einer ungeheuren Stichflamme; bald darauf erfolgte eine zweite Explosion. Die Arbeiter, die gerade in die Fabrik einfuhren, erlitten fast alle Verletzungen. In Massen eilten die Arbeiter aus der Fabrik, zum größten Teil blutüberströmt. Am Oppauer Werk liegen Hunderte von verletzten Arbeitern. In Oppau wurden fast sämtliche Häuser abgedeckt oder zum Einsturz gebracht. Ueber der Anilinfabrik lagert ein Dampf von giftigen Gasen. Nach anderer Darstellung ereignete die Explosion im Bau 51. Ein Teil der Arbeiter befand sich gerade im Bade und stach splitternd. Der zweite einwandernde Arbeiterzug wurde schwer beschädigt. Ein anderer Augenzeuge sagte aus, daß als es nach der Explosion wieder hell wurde, der große Bau in Brand stand und die übrigen Bauten einen Trümmerhaufen bildeten. In der verhängnisvollen Stunde sollen im Oppauer Werk 820 Arbeiter beschäftigt gewesen sein, über deren Schicksal noch nichts bekannt ist. Nach dem „Volksblatt“ ereignete sich die Explosion im Laboratorium 53. Nach der „Neuen Sächsischen Landeszeitung“ ist die Explosion im Kesselhaube 92 ausgebrochen. Nach demselben Blatte sollen zur Zeit des Unglücks 6000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt gewesen sein, nach anderer Lesart 2500. Der größte Teil der Mitfahrenden eines Augenzeugen hat, wie dieser, schwere Verletzungen davongetragen. Wo noch vor wenigen Minuten katilische Gebäude standen, ist jetzt ein wüstes Trümmerfeld. Die um die Fabrikanlagen liegenden Arbeiterwohnhäuser sind vollkommen zerstört. Nach dem Bericht eines weiteren Arbeiters arbeiteten von der Nachtschicht noch etwa 800 Mann, von denen, wie er annimmt, wohl keiner lebend davonkommen sein dürfte.

Die Besichtigung einer neuen Explosion dürfte nach Mitteilung der Direktion der Anilinfabrik der Begründung entbehren.

Ueber die Wirkung der Explosion schreibt die „Tribüne“, daß in den Lagerbehältern am Güterbahnhof eiserne Türen eingedrückt und teilweise wie Papier zusammengeknüllt wurden. Auch in Ludwigshafen und Mannheim wurde erheblicher Sachschaden angerichtet. Im Neuen Bergwerk kamen einige hundert Arbeiter dadurch zu Schaden, daß Vorgelege der Maschinen durch die Explosionserschütterung auf die Arbeiter stürzten.

In Verlassen in Mannheim werden ein Toter, 35 schwer und 200 leicht Verletzte gemeldet. Die Technische Rothhilfe fordert durch Plakate die Mitglieder zur Meldung bei der Geschäftsstelle auf. Die Schulen wurden geschlossen und sämtliche Theateraufführungen abgesetzt.

Nebenwirkungen des Unglücks

Mannheim, 21. September.

Bei der Firma Landauer in der Friesenheimerstraße am Ludwigshafen wurden zwei erst vor kurzem bezogene Hallen durch den Aufbruch der Oppauer Explosion sehr stark beschädigt, so daß sie in sich zusammenstürzten. Drei Arbeiter wurden dabei verletzt, 11 erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen und wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Betrieb der Fabrik mußte eingestellt werden. Bei der Firma Hüth gab es einen großen Gebäubeeinsturz, der Lagergruppen wurde vernichtet. Neben verletzte Personen von der Fabrik mußten ins Hospital

gebracht werden. Bei der Fabrik Eisenkonstruktionen Joseph Hans, Friesenheimerstraße beträgt der durch die Explosion verursachte Schaden über 400 000 Mark.

Mannheim, 21. September.

Im Oppauer Berg liegen Hunderte von schwer verwundeten Arbeitern. Es setzte sofort nach der Explosion eine allgemeine Flucht von den ausströmenden Gasen ein, die kilometerweit beläuhend witzten. Die Unfallstelle war sofort in tiefes Dunkel gehüllt. Wer sich retten konnte, stürzte ins Freie. Dabei gab es viele Verletzungen durch einstürzende Gebäude. Der Luftdruck war so stark, daß Arbeiter sechs bis zehn Meter weit fortgeschleudert wurden. Da noch weitere Explosionsgefahr besteht, so bereiten die Rettungsarbeiten große Schwierigkeiten. In Ludwigshafen und Mannheim ist ein Millionschaden an zerstörtem Festerseisen entstanden. Das Trümmerfeld ist abgesperrt. Die Technische Rothhilfe ist eingeeilt. Ludwigshafen gleicht einem ungeheuren Verbandsplatz. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt. In Ludwigshafen ruht jeglicher Verkehr. Die Straßenbahn kann nicht mehr fahren, auch die elektrischen Leitungen, Licht- und Kraftanlagen sind gestört. Die Zahl der Verwundeten geht in die Tausende. Zu den Toten, die im Werk selbst der Explosion zum Opfer fielen, kommen die Toten und Verletzten, die durch Einsturz von Häusern oder durch die Splitter getötet oder verletzt wurden.

Darmstadt, 21. September.

Die Erschütterung infolge der Explosion in Oppau war in der Stadt so heftig, daß in etwa 12 Geschäftshäusern der Stadt die Fensterscheiben zersprangen und man Anfangs an eine Explosion in unmittelbarer Stadtnähe dachte.

Die Hilfsaktion

M. Ludwigshafen, 21. September.

Seit den Mittagsstunden ist die Rettungsaktion in vollem Gange. Alle beteiligten Kräfte arbeiten mit äußerster Energie, um die Toten und Verwundeten zu bergen. Leider muß man jetzt schon feststellen, daß die Zahl der Opfer die schlimmsten Erwartungen übersteigt. Man muß mit 1000-1200 Toten und Verwundeten rechnen. Von dieser Zahl entfällt der weitaus größte Teil allerdings auf die Verwundeten. Bis jetzt kann man für die Zahl der Toten 2-300 als feststehend ansehen, von denen 70 bisher aus den Trümmern geborgen werden konnten. Die Ortsgemeinde Oppau wurde durch die Explosion nahezu vom Erdboden rasiert. Mindestens 80 Häuser sind gänzlich zerstört angeheimgelassen. Was die Rettungsarbeiten besonders erschwert, das sind die immer noch ausströmenden giftigen Gase. Sämtliche Lüften in Ludwigshafen sind gleichmäßig um 7 Uhr 33 Minuten stehen geblieben. Dies ist also der Moment der Explosion. Der Mannheimer Industrieverein hat sofort gestiftet. Es sind dort beispielsweise zwei große Lagergruppen völlig eingestürzt, wobei drei Personen ums Leben kamen und 14 schwere Verletzungen davontrugen. Der Schaden in Mannheim selbst ist niedrig gerechnet auf 1/2 Million Mark zu veranschlagen.

Frankfurt a. M., 21. September.

Die Stadt Frankfurt hat auf Veranlassung des Oberbürgermeisters mit Hilfe des roten Kreuzes sofort eine Rettungsaktion in die Wege geleitet. Es sind eine Anzahl Krankenautos mit voller Besatzung und 14 Verletzte mit der entsprechenden Menge von Verband- und sonstigem Hilfsmaterial nach Ludwigshafen abgegangen. Weitere ärztliche Hilfskräfte sollen folgen.

Eine Beileidskundgebung des A. D. S. B.

Anlässlich des Massenunglücks in Oppau hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Vorstand des Fabrikarbeitersverbandes in Hannover folgendes Telegramm gerichtet:

„Der heute zur Geschäftsitzung versammelte Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat von dem grauenhaften Unglück in Oppau tieferschütterter Kenntnis genommen. Er übermittelt Euch im Namen der deutschen Arbeiterklasse das herzlichste Beileid und bittet, den Hinterbliebenen der Getöteten wie den zahlreichen Verletzten wärmste Teilnahme auszudrücken.“

Die deutsche Krise

Der „Temps“ über die politische Lage

CC. Paris, 21. September.

Der „Temps“ erklärte heute, die innere Krise Deutschlands beruhe nicht auf dem Konflikt zwischen bayerischem Separatismus und der Einheitsbewegung in Berlin, sondern zwischen der Politik der Befestigung der Republik und der Politik, die durch die perfiden und gewalttätigsten Mittel die Wiederherstellung der Monarchie anstrebe. Man dürfe nicht annehmen, die Ablehnung von Kahr bedeute, daß er sich als endgültig geschlagen bekenne. In Wirklichkeit sei die deutsche Einheit nicht bedroht, die bayerische Bewegung laufe nur auf eine Erstarkung der reaktionären, gegen Berlin gerichteten Bewegung hinaus. Man müsse anerkennen, daß trotz des Widerstandes der Linken bisher praktisch nichts geschehen sei, die Stellung des Kabinetts birgt zu verstärken. Dieses befinde sich vielmehr in einer peinlichen Situation und man habe das peinliche Gefühl, Dr. Wirth bleibe nur an der Macht, weil man nicht wisse, durch wen man ihn ersetzen solle. Der „Temps“ erklärt, daß Deutschland heute die Folgen der Schwäche seiner Regierung ernte.

Görlitz und die Arbeiter

Von Arthur Crispian

Unter dem schwarz-rot-goldenen Banner der bürgerlichen Demokratie haben die Rechtssozialisten in Görlitz ihrer alten Burgfriedenspolitik abermals zugestimmt und neu beschlossen, ihr Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien bis auf die Deutsche Volkspartei auszudehnen. Ich stimme dem „Vorwärts“ rückhaltlos zu, wenn er in seiner Morgenausgabe vom 21. September 1921 feststellt:

Der Beschluß, der eine Erweiterung der Koalition ermöglicht, ist eine logische Folge der Koalitionspolitik selbst. Die bürgerlichen Mittelparteien, mit denen die Sozialdemokratie zur Regierungsbildung verbunden war, wählten sich der Deutschen Volkspartei so weichenherzig, daß sie eine Grenze nach rechts, dort, wo wir sie gesucht haben, nicht finden. Es ist ja eine altbekannte Tatsache, daß die Grenze zwischen Nationalliberalen und Freikinnigen stets schwankend gewesen ist und daß auch Nationalliberale und Zentrum viel Gemeinsames haben. Die Frage mußte sich über kurz oder lang zur Entscheidung stellen, ob die Sozialdemokratie den Versuch einer Koalition mit der gesamten bürgerlichen Mitte machen, oder ob sie auf die Koalitionspolitik überhaupt verzichten wolle.

In welcher Situation haben die Rechtssozialisten ihren Beschluß gefaßt?

Die jahrelang betriebene Koalitionspolitik der Rechtssozialisten konnte es nicht verhindern, daß die Reaktion immer festere Positionen errang in: Verwaltung, Justiz, Polizei, Reichswehr, Schule, Kirche und Presse, daß die Reaktion alle Mienen legte, um die Republik in die Luft zu sprengen. Mit der Republik sollen der Arbeiterklasse die letzten revolutionären Errungenschaften entzogen werden, um den Kapitalismus wieder restlos zur Macht zu bringen.

Die einzelnen bürgerlichen Parteien mögen in untergeordneten Fragen Interessengegensätze haben, im Gerause um die Anteile an dem aus der Lohnarbeit stammenden Mehrwert; in einem sind sie vollkommen einig: in der Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Der Kapitalismus, der Länder verwüstet und entvölkert, der die Menschheit peiniget durch Anarchie, Hunger, Raub und Mord, der das Schicksal der 1700 Millionen Menschen der Erde aus Spiel legt, um eine kleine Kaste mächtigster Kapitalisten mit allen Reichtümern der Welt zu überschütten!

Der Anfang der modernen Arbeiterbewegung war die Erkenntnis, daß der Kapitalismus nur in einem rücksichtslosen selbständigem Klassenkampf des Proletariats gegen alle kapitalistischen Parteien überwunden werden kann. Die Klassengegensätze haben ständig an Schärfe zugenommen. Und heute, wo die Verhältnisse dahin drängen, daß die entscheidenden Kämpfe um die Macht zwischen dem Proletariat und den kapitalistischen Klassen näher und näher rücken, verschmähen die kapitalistischen Parteien kein Mittel der List und der Schlaubei, der Lüge und des Betruges, der Verfolgung und der Gewalt, um die Arbeiterklasse zu verwirren und zu zersplittern, zu demoralisieren und unschädlich zu machen. Die einen locken die Arbeiter durch Erweckung bürgerlich-demokratischer Illusionen in die Gefangenschaft einer rechtssozialistisch-kapitalistischen Koalitionspolitik. Die anderen wollen die Arbeiter durch brutale Unterdrückung bis zum Mord schwächen und vom Klassenkampf absprefen.

In der Stunde der höchsten Gefahr wurden die Massen gerufen. Nicht nur von den revolutionären Organisationen des Proletariats, auch von den Regierungsparteien, die in der bürgerlichen Republik eine Grundlage zur Veröhnung der Klassen erblickten. Die Mittel der bürgerlichen Demokratie erwiesen sich wieder einmal als völlig unzulänglich. Wie im November 1918, wie beim Kapp-Putsch 1920. Die Aktion der Massen auf der Straße war wieder notwendig. Die Massen mußten kommen.

Geschlossen marschierten die Arbeiter auf. Unter ihnen ein paar fähnelein ehrlicher Demokraten. Für die Republik! Gegen die Reaktion! Gewiß, für die Republik zunächst. Diese Parole führte alle, auch die nichtsozialistischen Arbeiter mit dem Klassenbewußten Proletariat zusammen. Es war die Pflicht der sozialistischen Parteien, diese Geschlossenheit für ein nahes allgemeines Ziel solange wie möglich aufrecht zu erhalten. Sie mußten sich mitten in diese Massen hineinsetzen, als Freunde und Kampfgenossen. Aber auch als Vertreter und Führer. Denn die Verteidigung der bürgerlichen Republik ist zugleich das Ringen der Sozialisten für die Umwandlung der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsmittel in revolutionäre Kampfmittel. Der Boden der bürgerlichen Demokratie ist ein günstigeres Aufmarschgebiet für die Armeen des Proletariats.

Die U. S. B. D. hat ihrem Programm entsprechend, die Aufgabe, der Massenbewegung für die bürgerliche Republik sozialistischen Inhalt, sozialistische Richtung und sozialistisches Ziel zu geben. Nicht, indem sie die Massen „unter Druck setzt“ oder in die Revolution „hineinprügelt“, sondern indem sie die Massen geistig erobert und in treuer Waffenbrüderschaft und gemeinsamen Kämpfen zu immer wachsender Klarheit und Geschlossenheit führt. Aus solchen Kämpfen wird die Arbeiterklasse gestärkt an realer Macht, an Kraftbewußtsein und an Siegeszuver-

Ein Wendepunkt in Bayern

Graf Lerchenfeld Ministerpräsident

Die Gefahr eines Rechtsputsches

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 21. September.

Unter den Koalitionsparteien herrschte heute mittag noch große Verwirrung und Ratlosigkeit. Es schien eine kurze Zeit, als ob die Deutschnationalen die Kandidatur Kahr noch einmal durchsetzen könnten. Die Verhandlungen zogen sich bis nach 4 Uhr nachmittags hin. Im letzten Augenblick fiel dann die Entscheidung. Der bereits in der Presse genannte Graf Hugo von Lerchenfeld fand als Kandidat zu dem Posten des Ministerpräsidenten die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, die an Kahr festhielten. In der Plenarsitzung des Landtages, die um 4 Uhr begann, erhielt Lerchenfeld von 147 abgegebenen Stimmen 88 der Bayerischen Volkspartei, Demokraten und Bauernbündler. Die Deutschnationalen gaben 20 Stimmen für Kahr ab und die sozialistischen Parteien weiße Stimmzettel. Lerchenfeld war in der Sitzung zugegen und nahm die Wahl an. Die übrigen Minister werden sich Donnerstag nachmittag dem Landtage vorstellen. In dieser Sitzung soll der Ministerpräsident auch seine Programmvorrede halten. Die bisherigen Minister, mit Ausnahme des deutschnationalen Justizministers Roth, werden voraussichtlich auch dem neuen Kabinett angehören. Ueber die Besetzung des Justizministeriums ist noch nichts bekannt.

Die Deutschnationalen dürften wohl endgültig aus der Regierung ausscheiden. Ob der Polizeipräsident von München, Pöchner, noch weiter im Amte bleiben kann, darüber ist noch keine Entscheidung gefallen. Die Rechtssozialisten wurden nicht aufgefordert, in die Regierung einzutreten. Die neue Koalition besteht also nur aus Bayerischer Volkspartei, Demokraten und Bauernbund mit zusammen 90 Sitzen im Landtag, gegen 48 Sozialisten und 20 Stimmen der Mittelpartei (Deutschnationalen).

Trotz der mangelhaften Höhe der Befehlskontingente kam es heute nicht zu Zwischenfällen. Doch aber die Rechtssozialisten ihre Pläne noch nicht endgültig aufgegeben haben, geht aus einem neuen Flugblatt hervor, das sie in den Straßen Münchens verteilen. In diesem Flugblatt wird gegen die Berliner „Sajuden-Reichsregierung“ gehetzt und behauptet, daß die bayerische Volkspartei Bayern verraten habe. Man habe es darauf abgesehen, den einzigen anständigen Menschen, zu dem man noch Vertrauen haben könne, Herrn von Kahr, wegzufahren. Das Flugblatt schreibt: „Wenn man Kahr jetzt wegfaßt, dann, Bayern, in Massen heraus auf die Straße und heraus gegen ein Parlament, das dem bayerischen Volke auf der Nase herumtanzt, das sich um den Volkswillen, um den Willen der Wählermassen keinen Pfifferling kümmert und lediglich das geflügelte Werkzeug der Berliner Bolschewisten ist.“

Durch die Wahl des neuen Ministerpräsidenten ist die Lage noch keineswegs geklärt. Aus der Haltung der Deutschnationalen geht hervor, daß sie die Dinge auf die Spitze treiben wollen. Der Oberputschist von Krieger forderte am Dienstag in der „Kreuzzeitung“ einen Diktator, wenn es nicht gelingen sollte, Kahr und Dr. Roth im Amt zu behalten. Nachdem die Bayerische Volkspartei in dieser Frage nicht nachgegeben hat, nachdem Kahr und Dr. Roth gehen mußten, ist die Möglichkeit eines Putsches der Rechtsradikalen in greifbare Nähe gerückt. Die in den Straßen

Münchens verbreiteten Flugblätter, die zur offenen Auflehnung auffordern, jener Rindercasque, der Krieger, Dr. Roth und Pöchner nicht fernstehen. Wie ernst die Lage geworden ist, das geht auch aus einem Aufruf hervor, den der bisherige Ministerpräsident von Kahr kurz vor seinem Abgang erlassen hat. In dem Aufruf heißt es:

Die politische Hochspannung und die Erregung der letzten Tage darf nicht zu Unbesonnenheiten verleiten. Ich warne dringend alle Teile des Volkes vor unbedonnenen Schritten und etwaigen Besuchen gewalttätigen Eingreifens in den verfassungsmäßigen Gang der politischen Ereignisse. Die Polizeibehörden werden etwaige Störungen der Ruhe und Ordnung, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken.

Dieser Aufruf deutet auf Sturm. Wenn sich selbst ein Kahr verpflichtet fühlt, vor den Rechtssozialisten zu warnen, dann scheinen sehr ernste Unterlagen dafür vorhanden zu sein, daß die Deutschnationalen die Situation im letzten Augenblick noch durch einen Gewaltstreich retten wollen. Kommt es nicht zum Losschlagen, dann wird dies in erster Linie der Wachsamkeit der Arbeiter zu danken sein und jener Tatsache, daß die Rechtssozialisten befürchten, es könne zu einer Abrechnung kommen, die nicht so glimpflich ausfällt, wie beim Rapp-Putsch. Bezeichnend für die Situation ist es, daß sich der bekannte Münchener Hauptmann Kwasow-Bermond nach Bayern begeben hat. Bermond, der selbst von russischen weißgardistischen Offizieren als Hauptkapler und Betrüger bezeichnet wird, ist mit Oberst Bauer, Major Biskhoff und Kapitän Ehrhardt eng befreundet. Er prunkte noch bei der Beerdigung der früheren Kaiserin und bei der nationalen Feier im Stadion mit einer russischen Phantasiuniform, die ihm militärisch gar nicht ansteht.

Wenn sich dieser ausgefeimte Gauner jetzt nach Bayern hingezogen fühlt, dann scheint Spiegelberg aus Säcklers Nebenbarn dort einen Nachfolger gefunden zu haben, der ebenso wie Spiegelberg von sich sagen kann: „Von mir strömt eine magische Kraft aus. Schon beim Hören meiner Stimme erheben sich sämtliche Lumpen Europas.“

Eine Erklärung der Deutschnationalen

München, 21. September.

Vor der Wahl des Ministerpräsidenten gab Hg. Hilpert im Namen und im Auftrage der bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei folgende Erklärung ab: Bei der schweren Krise, in die das Vorgehen der Reichsregierung den bayerischen Staat gestürzt hat, handelt es sich darum, dem bayerischen Staat die von der Weimarer Verfassung ihm noch übrig gelassene Freiheit seiner staatlichen Selbstverwaltung zu erhalten. Zugleich aber dürfte es die Pflicht der unter schärfster sozialistischer Druck stehenden Reichsregierung gewesen sein, die anders geartete bayerische Regierung aus dem Sattel zu heben. In der Tat haben die Verhandlungen über die Beordnung der Reichsregierung vom 20. August zu Komplikationen geführt, welche den Aktivismus der bisherigen bayerischen Regierung zur Folge hatten. Das Ministerium Kahr hat durch 14 schwere Jahre die Politik des bayerischen Staates so geführt, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten (1) und seine stetige friedliche Entwicklung (2) gewährleistet und die Rechte Bayerns gewahrt wurden. Der weit aus überwiegender Teil des bayerischen Volkes sieht daselbst in Herrn von Kahr, nämlich die Bürgerschaft für eine gezielte Durchführung der bisherigen Politik. In zahllosen Kundgebungen ist dieser Wille des Volkes zum Ausdruck gekommen. Wir glauben, diesem Willen dadurch entsprechen zu sollen, daß wir unsere Stimmen aufs neue auf Herrn von Kahr vereinigen.

das Dazwischentreten Kahrs beigelegt worden. Auch Pöchner war über den Vorgang unterrichtet.

Es wird Kahr nicht gelingen, diesen Sachverhalt zu verdrängen. Denn, wenn Kahr wußte, daß Ehrhardt Führer einer Münchener Zeitfreiwilligenkommando werden sollte, dann mußte er auch wissen, daß sich Kapitän Ehrhardt in München aufhielt. Die Pflicht, den ihm bekannten Aufenthalt Ehrhardts der Polizei zu melden und Ehrhardt verhaften zu lassen, hat Kahr nicht erfüllt. Er hat sich damit, ebenso wie Pöchner und Roth, eines schweren Verbrechens schuldig gemacht und mußte jetzt, wenn es Richter in Deutschland gäbe, ins Zuchthaus kommen. Wo ist der Staatsanwalt, der den Geschehen Achtung verschafft, ohne Rücksicht auf Rang und Stand der Beschuldigten?

Die Mörder Erzbergers

Aus der Geschichte der Ehrhardtbrigade

Im „Berliner Tageblatt“ wurde die Frage aufgeworfen, ob Schutz und Tillsen, die Mörder Erzbergers, dem Stab der Brigade Ehrhardt angehörten. Dem Blatte wird jetzt von unterrichteter Seite zu dieser Frage geschrieben:

Das ist der Fall. Sie gehörten zu seiner nächsten Umgebung und zu den Offizieren, die am Tage des Rapp-Putsches sich im Hause Wendlerstraße 13 häuslich einschloßen, und zwar war ihr Zimmer in nächster Nähe des Kommandeurs. Personen, die damals im Reichswehrministerium tätig waren, konnten sich dieser Tage, als sie die beiden Bilder sahen, sofort wieder erinnern. Sollte eine Ablenkung kommen, so kann mit Angabe der Zimmernummer gebietet werden. Dann erzählt die Mitwelt auch, in welchem Zustand das Zimmer verlassen wurde.“

Der Stab der Brigade Ehrhardt hat während des Rapp-Putsches tatsächlich im Reichswehrministerium gehaust. Killinger, der Chef des Stabes, begab sich aber sehr bald auf die Straße, um „Dampf abzulassen“. In der Schloßstraße in Stogitz ließ er am 15. März auf eine Menschenansammlung. Er befahl seinen Begleitern, ohne jede vorherige Warnung zu feuern. Das geschah. Zwei Tote und sieben Verwundete blieben auf dem Platz. Es lag ein gemeiner Mord vor. Trotzdem lehrte der Staatsanwalt ein Einschreiten gegen Killinger ab. Er blieb frei, um neue Morde proporzieren zu können.

Deutsche Orgesch im Burgenland

Das Programm des Obersten Bauer

Im Burgenland, das Ungarn nach dem Friedensvertrag von Trianon an Oesterreich abtreten sollte, toben seit einigen Wochen schwere Kämpfe. Ungarische Banden verwehren es den Oesterreichern, von dem Lande Besitz zu ergreifen; sie morden, rauben und sengen, und finden dabei die Unterstützung der Hortyregierung. Jetzt meldet das „Berliner Tageblatt“ über die Kämpfe aus Wien:

Den amtlichen Stellen liegt Beweismaterial vor, aus dem mit großer Deutlichkeit hervorgeht, daß zu den Führern der Banden, die in Westungarn sowohl gegen die deutschen Einwohner als gegen die österreichische Grenze vorgehen, Offiziere aus dem Deutschen Reich gehören. Die Beziehungen dieser Offiziere zu Orgeschverbänden und anderen paramilitärischen Organisationen sind einwandfrei festgestellt. Die

österreichischen Antisemiten und die Bevölkerung Oesterreichs sind mit größtem Entzücken erfüllt, daß Deutsche, zu deren Programm ja die Vereinigung aller Deutschen gehört, im Interesse des monarchistischen und des christlichen Gedankens mit Magnaten gegen Deutsche vorgehen und den Kutschak-Deutschwehrgarns an Oesterreich mit Gewalt verhindern wollen.“

Die Beteiligung reichsdeutscher Offiziere an den Kämpfen der ungarischen Banden gegen Oesterreich entspricht dem Programm, das die bayerischen Orgeschleute unter der Führung Bauers und Ehrhardts und unter der Mitwirkung Kahrs und Pöchners entworfen haben. Es soll eine monarchistische Front von München über Wien nach Budapest gebildet werden. Deshalb wollte Oberst Bauer wiederholt in Budapest, deshalb wurden von Bayern aus bis vor kurzem riesige Waffenvorräte nach Tirol verschoben, bestimmt für den Kampf gegen die österreichische Republik.

Die Deutschnationalen Partei weiß natürlich von diesen Plänen. Deshalb steht ihre Presse bei den Kämpfen im Burgenland auch nicht etwa auf Seiten Oesterreichs, sondern sie begrüßt das Vorgehen der ungarischen Mächtigsten. Die Schlussfolgerung? Den Deutschnationalen ist es nicht um den Schutz des Deutschtums zu tun, sondern in erster Linie um die Erstarkung der monarchistischen Front. Und die stellunglosen Offiziere um Bauer und Ehrhardt sind bereit, sich an jeden Schutz zu verkaufen, wenn er nur ein Reaktionsär ist.

Beschärfung der westungarischen Krise

U. A. Budapest, 20. September.

Die westungarische Krise wächst sich zu einer überaus ernsten Krise des gegenwärtigen Regimes in Ungarn aus. Die Budapest-Verzettelung der Ententemächte haben die ungarische Regierung von einer bevorstehenden Kollektivdemarche in Kenntnis gesetzt, in der Ungarn äußerst schwere Strafmassnahmen für den Fall angekündigt werden, daß die Räumung des westungarischen Gebietes nicht unverweilt vorgenommen wird. Wie bestimmt verkündet, wird für die Räumung Westungarns eine Frist bis zum 24. September gestellt werden. Erfolgt die Übergabe nicht bis zu diesem Tage, so soll zunächst die Verkehrsperre über Ungarn verhängt werden und falls diese nicht binnen Wochenfrist zum Erfolge führt, ein militärischer Eingriff erfolgen.

Es ist mehr als zweifelhaft, ob das Kabinett Bethlen, selbst wenn es den guten Willen hätte, den Forderungen der Entente nachzukommen, instande sein wird, dies zu tun, denn durch die lange Verzögerung der Entscheidung über die westungarische Frage ist es den extrem nationalistischen Parteien mit Hilfe der „Erwachenden Ungarn“ gelungen, sich zu Herren der Situation zu machen und wenn auch heute noch offiziell das Kabinett Bethlen die Regierungsgeschäfte leitet, so ist doch Stefan Friedrich der maßgebende Mann in Ungarn. In Westungarn selbst stehen mindestens 10 000 gut bewaffnete und ausgerüstete Infanteristen, vollkommen unter dem Einfluß von Friedrich und Dazienburg. Im Komitat Eisenstadt sind Wafate angeschlagen, die belagert, daß das Standrecht für alle verhängt wird, die anschlussfreundlich sind, und daß alle Wehrfähigen unter die Waffen gerufen werden. Die Wafate tragen die Unterschrift „König Karl“.

In Budapest finden täglich Straßenkundgebungen der „Erwachenden Ungarn“ statt, wobei es regelmäßig zu antisemitischen Ausschreitungen kommt.

nicht zu immer größeren Aktionen schreiten können, bis zur Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse.

Unter dem Druck der Massen erfolgten die ersten Vorstöße gegen die Reaktion. Wirth gegen Kahr. Es zeigt sich jedoch immer deutlicher, daß der Reaktion mit einer Notverordnung nicht Herr zu werden ist. Die U. S. P. D. hat das von vornherein offen ausgesprochen und energische Maßnahmen gefordert: Vertreibung aller reaktionären Elemente aus Verwaltung, Justiz, Reichswehr, Polizei und Schule und gegebene Reformen. Forderungen, die die einmütige Zustimmung der gegen die Reaktion aufgetretenen Massen gefunden haben. Nichts ernsthaftes ist bisher für die Durchführung dieser Forderungen geschehen.

Die Reaktion ist nicht müdig gewesen. Jetzt, wo den reaktionären Parteien ernstlich entgegengetreten werden soll, erwacht wieder offenkundiger das Klassenbewußtsein und die Klassenolidarität aller bürgerlichen Parteien. Auch der bürgerlichen Regierungsparteien. Die „Germania“ rief ihr Parteimitglied Wirth zur Ordnung. Er dürfe als Reichskanzler nicht eine nach links orientierte Politik betreiben, er müsse, getreu der Tradition des Zentrums, eine Politik der Mitte einhalten. Der Vorstand der Demokraten richtete an die Deutsche Volkspartei das Ersuchen, den Regierungsbund nach rechts zu verschieben.

An diesem Klassenbewußtsein, an dieser Klassenolidarität der Bourgeoisie sollten sich alle Arbeiter ein Beispiel nehmen. Was erleben wir aber? Gerade jetzt, wo die Arbeiterklasse mehr denn je von tausend reaktionären Gefahren umlauert vor gewaltigen ersten Kämpfen um ihr nacktes Leben steht, haben die Rechtssozialisten alle Hoffnungen auf ihre Rückkehr zum Klassenkampf bitter enttäuscht. Die Politik der Rechtssozialisten war seit 1914 offener oder versteckter auf ein Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien eingestellt. Arbeitsgemeinschaft und Burgfrieden in Permanenz.

Der Beschluß der Rechtssozialisten in Görtz, auch mit Sinnes und Stresemann gemeinsame Sache zu machen, treibt diese Politik auf die Spitze. Was hat der Arbeiterklasse diese verhängnisvolle Burgfriedens- und Koalitionspolitik bereits gekostet! Was alles muß noch den Arbeitern zugefügt werden, bis sie endlich den rechtssozialistischen Opportunisten die schwarz-rot-goldenen Vereinsabzeichen überlassen, um sich um das rote Banner des revolutionären Sozialismus zu scharen! Hier ist der Platz für jeden Klassenbewußten Arbeiter!

Die Politik der U. S. P. D. war von Stund an darauf eingestellt, die Arbeiter zusammenzubringen und mit ihnen die Macht für die Arbeiterklasse zu erkämpfen. Hier Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien, dort Arbeiterpolitik mit der Arbeiterklasse! Das ist der Gegensatz zwischen der rechtssozialistischen Partei, wie sie uns auch vom Görtzler Parteitag wieder entgegentritt, und den Unabhängigen.

Es ist unfassbar für jeden denkenden Arbeiter: In derselben Zeit, wo auch von den Rechtssozialisten die Massen gerufen wurden, weil ihre Koalitionspolitik der Reaktion nicht Herr werden konnte, beschließen die Rechtssozialisten, ihre Koalitionspolitik unter Erweiterung auf eine neue reaktionäre Partei fortzusetzen. Die Wirkung eines solchen Beschlusses ist, daß die Reaktion nicht geschwächt oder gar überwunden, sondern daß sie gestärkt, während die gemeinsame Front der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die Reaktion erschüttert wird.

Daß die Rechtssozialisten auch nicht mehr gewillt sind, für die gemeinsam gestellte Forderung der Vertreibung aller reaktionären Elemente aus der Verwaltung einzutreten, muß nach den Andeutungen des Rechtssozialisten Otto Braun erfüllt befürchtet werden. Er sagte nach dem Bericht im „Vorwärts“:

Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht möglich durch die Entlassung alter und Einstellung neuer Beamter. Dafür fehlt es uns an Kräften. Es kommt daraus an, die vorhandenen Beamten umzugestalten, wie wir uns umgestellt haben. Sie müssen der Republik genau so dienen wie früher der Monarchie. Die Umstellung kann nicht von heute auf morgen erfolgen, denn diese Beamten sind in einer langen monarchistischen Tradition erzogen.

Ueberall, wo Proletariat in Stadt und Land hofften, daß vom Görtzler Parteitag der Rechtssozialisten ein lautes Bekenntnis zur Einigung der Arbeiter, eine Fanfare zum geschlossenen Kampf der Arbeiter gegen Reaktion und Verleumdung kommen würde, muß der Beschluß der Rechtssozialisten zugunsten der Deutschen Volkspartei niederschmetternd wirken. Niemand darf sich aber der Enttäuschung oder Verzweiflung überlassen. Jeder Proletariat gehört an die Seite seiner Klassenbrüder, die nach wie vor im unabhängigen Klassenkampf stehen.

Verschiedene rechtssozialistische Redner haben in Görtz gegenüber der U. S. P. D. häßliche Bemerkungen gemacht. Die Absicht war, unsere Partei vor den Arbeitern zu verleumdern, denen jetzt ein Grausen überkommt vor der Taktik der Rechtssozialisten.

Die U. S. P. D. hat während des Krieges den Sozialismus durchgehalten. Sie hielt in der Revolution den Sozialismus durch trotz des Roste-Kurses. Sie hielt ihn durch gegen den Bolschewismus. Die U. S. P. D. wird auch jetzt den Sozialismus durchhalten gegenüber dem verstärkten Opportunismus der Rechtssozialisten.

Die U. S. P. D. bleibt in allen Irrungen und Wirrungen ihrer geschichtlichen Aufgabe treu: dem revolutionären Proletariat in seinem Kampf für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein!

Ein sauberes Trio

Ehrhardt — Kahr — Pöchner

Durch die Fragen der „Münchener Post“, auf die bisher keine Antwort erfolgt ist, sind Kahr und Pöchner überführt, mit den Redbrieffisch verfolgten Erzharden und Oberst Bauer verkehrt zu haben. Auch der bayerische Ministerpräsident v. Kahr sitzt jetzt im Eifen. Er hat ebenso wie Pöchner und Roth davon gemußt, daß sich Kapitän Ehrhardt in München aufhielt, ohne daß er etwas zur Beseitigung des gegen ihn erlassenen Steckbriefes getan hätte.

Der Beweis für diese Behauptung wird durch die „Boschische Zeitung“ erbracht. Diese stellt fest, daß die deutschnationalen Studenten Münchens im November 1920 die Absicht hatten, Ehrhardt zum Führer einer Zeitfreiwilligenorganisation zu wählen. Es kam diesbezüglich zu einer Duellforderung zwischen dem bisherigen Führer der betreffenden Zeitfreiwilligenkommando, Major von Godin, und einem Studenten namens Sturm, der den Major verdrängen und Ehrhardt an seine Stelle setzen wollte. Das Duell ist durch

Die Regierungsbildung in Thüringen

Eine Kundgebung der USPD.

Die thüringischen Landtagswahlen vom 11. September 1921 haben eine Mehrheit der drei sozialistischen Parteien ergeben. Es stehen im Landtage 28 sozialistische Abgeordnete 26 Vertreter der bürgerlichen Parteien gegenüber.

Dieses Wahlergebnis verpflichtet die sozialistischen Parteien, die Regierungsbildung in Thüringen in die Hand zu nehmen. Das ist um so notwendiger, als die Reaktion erstarrt und die Republik bedroht ist. Nur durch die geschlossene Front des gesamten sozialistischen Proletariats und die Beherrschung des Staatsapparates durch die Vertreter der sozialistischen Parteien kann die Reaktion gebannt werden.

Deshalb erachtet es die U.S.P.D. Thüringens für ihre Pflicht, in dieser außerordentlichen Situation

1. an der Bildung einer Regierung aus allen drei sozialistischen Parteien teilzunehmen,
2. auch dann die Regierung mitzubehalten, wenn eine der anderen sozialistischen Parteien eine Beteiligung ablehnen sollte.

Gegenüber der drohenden Gegenrevolution muß eine rein sozialistische Regierung gebildet werden, wenn sie möglich ist. Sie ist möglich, und deshalb muß sie jeder Sozialist erstreben, ganz gleich, ob er in der U.S.P.D., der S.P.D. oder der K.P.D. organisiert ist.

Es darf aber nicht die Illusion aufkommen, als könnte heute, nach der Annahme der Weimarer Reichsverfassung, noch eine sozialistische Regierung in einem Einzelstaat wie Thüringen die Staatsgewalt benutzen zur unmittelbaren Schaffung der Räterepublik und der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung — wenn nicht dasselbe gleichzeitig im übrigen Deutschland geschieht.

Die Weimarer Reichsverfassung nimmt den Einzelstaaten einen großen Teil ihrer früheren Selbständigkeit und behält dem Reiche und der Reichsregierung die Regelung der wichtigsten Materien vor, wie die des Heerwesens, des Finanz- und Steuerwesens, des Ernährungswesens, des Verkehrswesens, der Sozialversicherung, des Wohnungswesens, des Arbeiterrechts, der Erwerbslosenfürsorge, des Aufbaues des Schulwesens, der Trennung der Kirche vom Staat und von der Schule.

In allen diesen Fragen kann Thüringen nicht mehr selbstständig vorgehen, es kommt dabei nur als Teil der Reichsverwaltung in Betracht und muß sich im Rahmen der Reichsverfassung halten, wenn es nicht die Reichsregierung gegen sich herausbeschwören will.

Trotz dieser Begrenzung ihrer Befugnisse ist die Zusammenfassung und die Politik der Regierung für die Arbeiterklasse Thüringens nicht gleichgültig. Die Ausführung der Reichsgesetze, die Gesetzgebung im Rahmen der thüringischen Verfassung und die Verwaltung des Landes sind gerade heute, wo die Gegenrevolution so mächtig erstarrt ist und mit der Beherrschung des Staatsapparates eine entscheidende Waffe in die Hand bekommt, in den Händen der Arbeiterklasse von größter Bedeutung.

Durch eine Regierung der Rechtsparteien würden alle Errungenschaften der letzten Jahre, besonders auch in den Gemeinden, wieder in Frage gestellt. Die U.S.P.D. erhebt deshalb die Forderung der rein sozialistischen Regierung und verlangt für deren Tätigkeit in der nächsten Zeit das folgende

Minimalprogramm:

1. Entschieden Einwirkung auf die Reichsregierung für die Sicherung der Republik insbesondere durch
 1. sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reiche, Amnestie aller Revolutionäre,
 2. Demokratisierung der Wehrmacht,
 3. Beseitigung der Unabehörbarkeit der Richter,
 4. Demokratisierung der Verwaltung,
 5. Entziehung und Landesverweis der regierenden Häupter.
- Ueber diese politischen Forderungen hinaus verlangt die U.S.P.D. entschiedene Einwirkung auf die Reichsregierung in der Richtung:
6. der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Warenaustausches, insbesondere der Bodenschätze, der Energieerzeugung und der Wasserkräfte.
 7. Ausbau der Steuererhebung durch Erfassung der Schwarzwirtschaft.
 8. Ausbau der Sozialgesetzgebung.

II. In Thüringen

1. Beseitigung der Reste der Verwaltung der ehemaligen thüringischen Freistaaten, raschster Abbau der Gebietsregierungen.
2. Aufbau einer demokratischen Verwaltung; dabei dürfen als obere Verwaltungsbeamte sowie als Vorstände aller Reichs- und Landgerichte sowie endlich als Leiter aller Schulen nur solche Persönlichkeiten in Betracht kommen, die durch ihre politische Haltung eine Gewähr dafür bieten, daß sie mit ihrer Überzeugung zweifelsfrei auf dem Boden der Republik stehen.
Neueinteilung der Kreise nach wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf das historische Gewandene.
Schaffung einer einheitlichen Städte-, Kreis- und Landgemeinverordnungen auf der Grundlage freier Selbstverwaltung.
3. Unbedingte Sicherstellung der Landespolizei gegen alle gegenrevolutionäre Einflüsse.
4. Die staatlichen Domänen, Forsten, Kohlen- und Kalkabbau, Elektrizitätserzeugung sind in Thüringen gemeinschaftlich umzustellen, die Domänen zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben auszubauen und die Arbeiter an der Mitwirkung zur Produktion und der Verwaltung heranzuziehen.
5. Soziale Arbeitspolitik im Rahmen der Mantelgesetze des Reichs
 - a) Errichtung eines Landesarbeitsamtes,
 - b) Fürsorge für die Erwerbslosen.
6. Staatliche Regelung der gesamten sozialen Fürsorge, des Gesundheitswesens, Anerkennung des Rechts auf Hilfe für alle Bedürftigen.
7. Der Wohnungsbau ist nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu führen. Die Staatsforsten sind in den Dienst des Wohnungsbau zu stellen.

8. Nach Schaffung des Mantelgesetzes durch das Reich ist die Trennung der Kirche vom Staat durchzuführen.
9. Schnellster Auf- und Ausbau der Einheitschule, Berufsbildungsschule, Volkswirtschaftsschule für Betriebsräte.
10. Ausbau des Steuerwesens nach sozialen Grundsätzen. Heranziehung von Grundbesitz und Gewerbe unter Schonung der kleinen Existenzen.

Um dieses Minimalprogramm durchzuführen und in der Regierung der Gegenrevolution wirksam entgegenarbeiten zu können, stellt die U.S.P.D. die Bedingung, daß sie den entsprechenden Einfluß in der Regierung erhält. Unter diesen Voraussetzungen ist die U.S.P.D. bereit, in die Regierung Thüringens einzutreten.

Erfurt, 20. September 1921.
Der Bezirksvorstand der U.S.P.D. für Groß-Thüringen.

Große Erfolge

erzielt man nur durch ausdauernde zielbewusste Arbeit. Wenn unsere bisherige Werbearbeit schon beträchtliche Erfolge aufzuweisen hat, so ist dadurch bewiesen, daß

der

Kampf der USPD. für die Befreiung der Arbeiterklasse von allen Arbeitern und Arbeiterinnen, sowie von den Angestellten und Beamten als notwendig erkannt ist. Diesen Kampf noch stärker und erfolgreicher als bisher führen zu können, ist der Zweck der

roten Werbe-Woche

Jeder muß darum mithelfen, der Partei neue Kämpfer zuzuführen!

Der Parteitag der Rechtssozialisten

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Görlitz, 21. September.

Der gestrige Fraktionsbericht Sachs wurde heute durch zwei Referate Reils über die Steuerfrage und Radbruch über die Justiz ergänzt. Reil und Radbruch setzten die gestrige oppositionelle Note, die Hoch angeschlagen hatte, ebenso wie Georg Schmidt fort. Ihre Ausführungen beschränkten sich auf rein sachliche Darlegungen. Reil erklärte sich natürlich für die Erfüllung der Sachverhalte und protestierte dagegen, daß diese Maßnahmen etwa durch ein freiwilliges Angebot der Industrie, eine internationale Anleihe zu beschaffen, befristet werden dürfen. Es müßte der gesetzliche Anspruch des Reichs auf einen Teil des Sachvermögens festgelegt werden. Die Arbeiterschaft müsse bereit sein, jeden Widerstand gegen die erforderlichen Maßnahmen für die Gesundung der Finanzen des Deutschen Reiches mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu überwinden. Diese letzte Wendung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Radbruch hielt eine Rede, die eine ganze Reihe von Reformen der Justiz forderte, aber gerade die alle sozialdemokratische Forderung nach der Wahl der Richter angibt. Auch in seiner Resolution wird diese Forderung nicht ausgesprochen. Die unabehrbaren Richter sollen bleiben. Radbruch will zur Reform der Justiz kommen lediglich durch strenge Kontrolle der Staatsanwälte und scharfe Auswahl des juristischen Nachwuchses, sowie durch die Befähigung von Laienrichtern, die durch Verhältniswahl bestimmt werden, an allen Strafgerichten.

Die Diskussion geht bunt durcheinander, abwechselnd werden Finanzfragen, Justizfragen usw. erörtert. Soeb (Frankfurt) bemängelt an dem Referat und an der Resolution Reils, daß Wesentliches fehle, und behauptet ihm gegenüber, daß kein Lob der deutschen Finanzverwaltung durchaus irrig sei. Die Steuererhebung werde von den Beamten direkt sabotiert, und dagegen müsse Vorkehrung getroffen werden. Er stellte entsprechende Ergänzungsanträge.

Am Nachmittag begrüßt der inzwischen eingetroffene Vertreter der belgischen sozialistischen Partei, De Bruckere, den Parteitag. Er schildert, wie sich 15 000 Arbeiter erhoben hätten, als die belgischen Nationalisten den deutschen Gewerkschaftsvertreter Sassenbach nicht sprechen lassen wollten. Mit großer Freude läßen die belgischen Arbeiter, wie die deutschen Arbeiter die Republik vertrieben. Das sei notwendig, um den Frieden der Welt zu erhalten. Auch wirtschaftlich beständen enge Verbindungen zwischen den Ländern. Dem Fall der Kart sei der Fall des belgischen und des französischen Franken gefolgt. Es zeige sich, daß die Internationale wiederhergestellt werden müsse. Die belgischen Arbeiter verfolgten mit großer Aufmerksamkeit die Verhandlungen des Parteitages und hätten auch den gestrigen Beschluß mit Interesse und Genugtuung aufgenommen.

Im weiteren Verlauf der Debatte kommt es zu einer großen Demonstration des Parteitages gegen die bayerische Reaktion. Bürgermeister Kroll (Nürnberg) teilt in einer längeren Rede mit, daß nach Mitteilungen aus Bayern, wo heute die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen wird, die Wiederkehr Kahrs ausgeschlossen ist; aber der Nachfolger sei noch nicht bekannt, und man weiß nicht, ob die bayerische Regierung an Ausnahmezustand festhalte und die Reichsregierung weiter sabotiert wird. Wenn das der Fall sein sollte, dann verspricht die bayerische Sozialdemokratie, daß sie den Kampf gegen die neue Regierung mit aller Entschiedenheit aufnehmen wird. Sie werde sich das bisherige nicht mehr gefallen lassen, und es werde zu unabehrbaren Folgen kommen. Für die Reichsregierung erhebt sich dann die Aufgabe, nicht mehr zu verhandeln, sondern zu handeln. (Stürmischer Beifall.) Die bayerischen Arbeiter stehen hinter der Reichsregierung, wenn es gilt, die Deutsche Republik zu schützen. (Stürmischer Beifall.) Er spricht dann die Bitte aus, wenn es zu diesem Kampf kommt, geschlossen die bayerische Arbeiterschaft zu unterstützen. Dieser Kampf sei der Kampf der deutschen Arbeiterschaft überhaupt. Ueber die Mittel und Wege wolle er nicht sprechen. Es werden aber auch solche Mittel angewendet werden, die im politischen Kampf bisher noch nicht angewendet wurden. (Stürmischer Beifall.) Er erklärt ferner, daß für den Fall, daß die bayerische Regierung am Ausnahmezustand festhalten werde, die Posttrennung Nordbayerns von Bayern stattfinden werde. „Wir Franken sind Bayern, aber in erster Linie Deutsche“. (Stürmischer Beifall.)

Körner (Ludwigshafen) unterstreicht diese Erklärung und versichert, daß die Posttrennung Nordbayerns auch die Trennung der Pfalz von Bayern zur Folge haben würde. Daraus warten nur die Franzosen, um ein neues Saargebiet zu errichten. Was die Franzosen bisher mit allem Druck nicht zustande gebracht haben, das können die bayerischen Reaktionskräfte; die Zerstückelung des Reiches. Deshalb fordern wir die demokratische Republik in Bayern und sind entschlossen, mit allen Mitteln dafür zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Bels stellt im Anschluß daran mit, daß nach einer amtlichen Auskunft in Berlin ein 15jähriger Junge als Spigel beschäftigt werde. Es sei amtlich bestätigt worden, daß er den Spigeln mit Recht führe. Auf Grund der unverantwortlichen Mitteilungen solcher Auslegungen mögen wir weiß wieviel brave Arbeiter ihren Familien entrissen und ins Gefängnis geschleppt worden sein. (Stürmische Entzückung.) Das ist, fügt Bels hinzu, eine Warnung, die uns zeigt, wohin es kommt, wenn die Sozialdemokratie längere Zeit aus der Regierung bleibt. Bels wendet sich dann weiter gegen den bayerischen Gelehrten Proger, der neulich erklärt habe, die Sozialdemokratie blasse nur, wenn sie mit Kampf in Bayern drohe. Er erkläre hier ausdrücklich, daß die deutsche Sozialdemokratie in Verbindung mit den Gewerkschaften und mit der U.S.P. die Vorbereitungen zum Kampf getroffen habe. Die Arbeiterschaft blasse nicht, es sei ihr sehr ernst, sie gehe dem Kampf nicht aus dem Wege. (Stürmischer Beifall.) Die Maßnahmen, die getroffen sind, machen jede reaktionäre Regierung in Bälde unmöglich. (Stürmischer Beifall.) Wir stehen mit unbegrenztem Sinne zusammen zum Schutze der Republik. (Stürmischer Beifall.)

Der Parteitag und die Einigungsfrage

Unter Ablehnung aller sonstigen Entwürfe und Resolutionen zur Frage der Einigung wurde nach der namentlichen Abstimmung über die Resolution des Parteivorstandes folgender Antrag Vogel (Nürnberg) angenommen:

Der Parteitag bekennt sich zu der Überzeugung, daß nur eine große Einigung aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die Mächte der Reaktion und des Kapitalismus gewinnen kann. Er erstrebt die Wiederherstellung einer einzigen proletarischen Partei, wie sie zur unheiligen Spaltung in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestanden hat. Ihre Spaltung hat nicht nur die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Gegner im eigenen Lande geschwächt, sondern auch die Internationale zerrissen, deren Wiedervereinigung zum Kampf gegen den völkerverhetzenden Imperialismus und zur Herstellung eines wahren Friedenszustandes notwendig ist denn je. Der Parteitag begrüßt daher alle Zeichen einer Wiederannäherung der durch den Streit getrennten Richtungen ebenso, wie er die Treibereien kommunistischer Gemaltposten gegen die Einigkeit als Verbrechen an der Arbeiterklasse verurteilt. Solange sich die organisatorische Wiedervereinigung, die nur durch Verhandlungen der zentralen Instanzen erfolgen kann, als noch nicht durchführbar erweist, muß die Sozialdemokratische Partei ihre volle taktische und organisatorische Selbständigkeit wahren. In ihrer Stärkung liegt die beste Gewähr für das Erhalten des Einheitsgedankens und für den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus.

Die USPD. und die Frauen

Ein Wahlbild aus Gera

Da zur Landtagswahl in Thüringen für Gera Männer- und Frauenstimmen getrennt geführt wurden, läßt sich folgendes interessante Ergebnis feststellen:

Gewählt haben 20 075 Männer, 28 544 Frauen, insgesamt 48 619.

Er erhielten Stimmen von den

	Männer	Frauen
U.S.P.D.	8 574	10 161
S.P.D.	1 198	1 067
K.P.D.	1 587	1 350
	11 359	12 578
D.Sp.	6 246	6 160
Dull.	1 270	1 590
Th. V.	102	97
D.D.P.	884	937
Zentrum	114	147
	8 710	10 908

In allen andern Orten und Bezirken, wo man ähnlich getrennte Wahlen vornahm, ergab sich überall ein gegenteiliges Resultat.

Gera macht deshalb eine rühmliche Ausnahme, weil unsere Partei dort neben einer sehr guten politischen Organisation vor allen Dingen über eine vorzüglich und musterhaft ausgebildete Frauenorganisation verfügt. Seit langer Zeit wird eine planmäßige Schulung der Frauen durch unsere Genossinnen betrieben. Der Erfolg zeigt sich jetzt ganz hinlänglich. — Mögen die Frauen der U.S.P.D. diesem Vorbild überall nachstreben.

Vollverminderung bei den schottischen Eisenbahnen. Die schottischen Eisenbahngesellschaften teilen den Gewerkschaften mit, daß sie beabsichtigen, am 1. Oktober die Löhne herabzusetzen und die Arbeitsbedingungen abzuändern. Diese Nachricht verurteilt unter den Arbeitern große Aufregung. Das Exekutivkomitee der nationalen Vereinigung der Bergarbeiter erwählte ein Komitee, das die Verhandlungen führen soll. Ueber die Besprechungen soll den Arbeitergewerkschaften in der nächsten Woche Bericht erstattet werden.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwelien, Warzen
besorgt das britisch erprobte Kukirol
Kukirol
Schachtel M.3.50 in Apotheken & Drogerien erhältlich

Ausschneiden

Druckfache
Um die
Hauptexpedition der „Freiheit“
Berlin G2
Brette Straße 8-9



Die Ueberschüsse der Straßenbahn

Statt 20 Millionen Defizit, 6,5 Millionen Ueberschuß — Keine Tarifierhöhung nötig

Das Defizit

H.E.K. Es ist ein erfreulicher Beweis der Aufbaufähigkeiten einer von sozialen Gesichtspunkten geleiteten Verwaltung, zu erfahren, in wie glücklicher Weise das Berliner Straßenbahnwesen reorganisiert worden ist. Und wenn diese Veränderung im Rahmen eines kapitalistischen Staates natürlich auch noch kein Sozialismus sein kann, so zeigt sie doch den Siegeszug der sozialistischen Organisationsgedanken.

Als im Oktober 1920 die Straßenbahnen zu einer Einheit zusammengefaßt wurden, befanden sie sich in einem wahrhaft verzweifelten Zustand. Das monatliche Defizit betrug nicht weniger als 20 Millionen Mark, und den „Fachsleuten“ schien eine Besserung aus eigener Kraft unmöglich. Die Stadtverordnetenversammlung setzte einen Ausschuß ein, der die Ursachen dieser Defizitwirtschaft aufdecken sollte. In seinem Gutachten erklärte der Ausschuß, daß die Schuld an dem Fehlbetrag in der Hauptsache aus dem Zurückbleiben von Tarifierhöhungen zurückzuführen sei. Als eine weitere Ursache stellte er selbstverständlich die Arbeiterchaft hin und forderte Maßnahmen gegen den Tarifvertrag, den Akkordtag und die Betriebsräte. Die wirklichen Ursachen dagegen ließ der Ausschuß im Dunkeln und begnügte sich, in verschönten Worten auf die Abnutzung des Materials hinzuweisen und rationalere Arbeitsmethoden, sowie eine bessere Buchführung zu fordern.

Schließlich fiel den Herren des Ausschusses, an dessen Spitze übrigens der „Demokrat“ Dr. Michaelis stand, nichts anderes ein, als die Aufnahme neuen Betriebskapitals für notwendig zu erklären. In Wirklichkeit war das nur ein kaum verhüllter Versuch, die Straßenbahn der Stadt zu entziehen und mindestens in Form eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens dem Privatkapital allergrößten Einfluß und Verdienst zu verschaffen. Der U. S. V. gelang es, die lebhaftige Stimmung für ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen, die bis in die Kreise der Rechtssozialisten vorhanden war, zu überwinden. So schrieb z. B. Paul Hirsch in Nr. 18 der „Kommunalen Praxis“: „Die hierfür erforderlichen Mittel, die sich auf 120 Millionen Mark belaufen, müssen auf dem Wege der Anleihe aufgebracht werden. Da aber die Stadt selbst über so hohe Summen nicht verfügt, bleibt kein anderer Weg, als der der Aufnahme einer neuen Anleihe von privater Seite übrig.“ Und außerdem: „Man wird deshalb zu erwägen haben, ob nicht dem Interesse der Allgemeinheit besser gedient ist, wenn die Gemeinde sich eines so unrentablen Unternehmens zwar nicht entäußert, wohl aber es auf eine längere Reihe von Jahren hinaus an kapitalkräftige Gesellschaften verpachtet, die auf Grund ihrer Erfahrungen und ihrer geschäftlichen Kenntnisse in der Lage sind, ohne daß deshalb die Tarife erhöht oder die Arbeitsverhältnisse verschlechtert zu werden brauchen, eine Rente herauszuwirtschaften.“

Wie die Reorganisation durchgeführt wurde

Ganz abgesehen von dem Defizit, stellte allein die Zusammenfassung der verschiedenen Straßenbahnen des Verkehrsamts vor große Aufgaben. In den verschiedenen Gemeinden des alten Berlin gab es ja eine ganze Anzahl von Straßenbahngesellschaften, von denen die „Große Berliner“ mit einer Gleislänge von 930 Kilometern allerdings mehr als die Hälfte besaß.

An Stelle der alten betriebsmäßigen Verwaltung wurde eine vollkommen neue, auf kaufmännisch-technischer Grundlage geschaffen. Sie besteht aus zwei Direktoren, einem kaufmännischen und einem technischen, von denen jeder einzelne eine Anzahl Abteilungen verantwortl. zu leiten hat, während beide gemeinsam für das Betriebswesen zuständig sind. Die Stadt kontrolliert den ganzen Betrieb durch einen Verwaltungsrat, der einen Teil der großen Verkehrsdeputation der Stadtverordnetenversammlung darstellt. Die Unterabteilungen arbeiten Hand in Hand mit den zuständigen Betriebsräten, und das ist nützlich und einträglich.

Uebersaus große Schwierigkeiten entstanden aus dem Zustand des Wagen- und Gleismaterials, das nicht viel mehr als ein Trümmerhaufen war. Die Lebensdauer eines Straßenbahnwagens beträgt im allgemeinen 20 Jahre. Aber seit dem Bestehen dieses Verkehrsmittels in Berlin, also ungefähr seit 1900, ist wenig zu seiner Erneuerung geschehen. Dazu kam, daß in der Materialbeschaffung eine fürchterliche Verzerrung herrschte. Man arbeitete ohne ordentliche kaufmännische Buchführung und ohne wirtschaftliche Ueberblicklichkeit. Das Alter der Wagen bringt selbstverständlich auch eine technische Rückständigkeit mit sich, die nur allmählich behoben werden kann. Die notwendigen Maßnahmen dazu sind durchgeführt durch eine bessere Organisation der Materialverwaltung und der Werkstätten. Für jeden Wagen wird nunmehr ein besonderes Lebensbuch geführt, in das die von ihm zurückgelegten Wegstrecken, Beschädigungen und Reparaturen genau eingetragen werden.

Wie Ersparnisse gemacht wurden

Es zeigte sich, daß das Defizit zu einem großen Teil durch unbegründete Ausgaben infolge der schlechten Verwaltung verschuldet war. Ein Kilometer Fahrt kostet mit allen Unkosten die Straßenbahn rund 5,50 M. Aber es gab eine beträchtliche Anzahl von Linien, die nur die Hälfte und noch weniger einbrachten, während nur wenige auf 6-7 M. kommen. Durch Verkürzungen und Änderungen der unrentablen Linien gelang es, diesen Mißstand zu beseitigen. Freilich wurden dadurch zirka 2000 Persönlichkeiten überflüssig.

Die Ersparnis, die dadurch erzielt wurde, erreicht die ansehnliche Summe von 36 Millionen. Trotz der Verkürzung des Liniennetzes stiegen aber die Einnahmen und schon im April war das Defizit verschwunden. Dazu trugen auch die Ersparnisse bei, die beim Stromverbrauch gemacht wurden. Durch gewisse technische Maßnahmen gelang es, den Stromverbrauch gegen das Vorjahr um ungefähr 15 v. H. zu verringern und dadurch im ganzen zirka 15 bis 18 Millionen Mark jährliche Ersparnis zu erzielen.

An Stelle des Defizits ist jetzt ein Ueberschuß vorhanden, der im August 3 Millionen Mark betrug. Dazu kommen noch eine Million monatliche Rücklagen und 2,5 Millionen monatliche Abgaben an die Kammereverwaltung, die im Vorjahre nicht gezahlt werden konnten, insgesamt also 6,5 Millionen Mark.

Man hofft deshalb auch, trotz der jetzt beschlossenen Erhöhung der Löhne und Gehälter, ohne Fahrpreiserhöhung durchzukommen, obgleich das Steigen aller Preise selbstverständlich auch auf die Straßenbahn stark verleiern wirkt. Die Unkosten wachsen ständig, es wachsen allerdings auch die Ersparnisse, und wenn es bei den heutigen Verhältnissen auch nicht möglich ist, einen Voranschlag auf lange Zeit hinaus zu machen, erscheint es doch möglich, sich durchzuschlagen.

Die neue Lohnerhöhung allein macht eine Mehrausgabe von 4,2 Millionen Mark im Monat aus. Mit der Verteuerung der Strom- und Materialpreise, die im Laufe dieses Jahres sicher 3 Millionen ausmachen wird, würden das rund 7 Millionen Mehrlösten sein. Ohne die Abgabe an die Kammereverwaltung beträgt der bisherige Ueberschuß rund 4 Millionen Mark im Monat. Es kommt also darauf an, noch 3 Millionen herauszuwirtschaften.

Neue Einnahmequellen

Zu den Ersparnissen, die durch eine Verringerung der Unkosten gemacht werden, kommen die neuen Einnahmen, die sich durch eine bessere Anpassung an das Wirtschaftsleben ermöglichen lassen. So ist die Reklame in großem Umfange für neue Einnahmen nutzbar gemacht worden. Auf Fahrgeldkarten und Wagen waren sie in kleinerem Maßstabe schon früher üblich. Jetzt plant man, sie auch noch an andere Stellen anzubringen.

Das Berliner Straßenbild wird sehr bald durch neue große Haltestellen eine ästhetisch zweifelhafte Bereicherung erfahren, die die vorüberkommenden Linien genau bezeichnen und am Abend durch Beleuchtung kenntlich gemacht werden sollen. Der

freie Raum wird zu Reklamezwecken benutzt werden, so daß nicht nur die Unkosten, die daraus entstehen, gedeckt sind, sondern sich auch noch ein Ueberschuß ergeben wird. Leider haben die Aufsichtsbehörden Schwierigkeiten gemacht, so daß zunächst nur dreihundert solcher Haltestellen aufgestellt werden.

Ein weiterer Plan des Verkehrsamtes betrifft die Einrichtung von Wartehallen, deren Unkosten gleichfalls durch Reklame gedeckt werden sollen und die leider gleichfalls noch ohne die Zustimmung der Aufsichtsbehörden sind.

Noch größere Einnahmen verspricht man sich durch Gekellung eines Güterverkehrs. Bei der Post ist er für die Paketbeförderung bereits vorhanden und bringt jährlich rund 6 Millionen Mark ein. Jetzt will man ihn auch für Frachten, die Häfen usw. einrichten. Insbesondere denkt man dabei an die Kohlentransporte zwischen den Gaswerken und den Abfallstellen. Die Aufsichtsbehörden haben vorläufig nach langem Verhandeln einen Probebetrieb gestattet, der zwischen der U. S. V. und dem Kabelwerk Oberschöneweide laufen wird. Erst im Falle seiner Bewährung wird dann der Güterbetrieb in größerem Umfange stattfinden können.

Die Ueberlegenheit der kommunalisierten Betriebe

Wie man sieht, ist es dem sozialistischen Regime gelungen, die Straßenbahn nicht nur lebensfähig, sondern sogar bis zu einem gewissen Grade rentabel zu machen. Es ist also auch ohne die Heranziehung des Privatkapitals gegangen, die fremde Kapitalbeschaffung hat sich als überflüssig erwiesen, richtige Organisation und kaufmännisches Verständnis haben alle Schwierigkeiten beseitigt, auch ohne damit soziale Schädigungen zu verbinden.

Daß dazu ein Privatbetrieb nicht instande ist, beweist die Hoch- und Untergrundbahngesellschaft. Ihre Lage war immer viel glücklicher als die der Straßenbahn. Trotzdem sieht sie immer nur in Tarifierhöhungen den einzigen Ausweg aus allen Unannehmlichkeiten. Ihre Wagen und Gleisanlagen sind weit besser und technisch vollkommener als die der Straßenbahn, während ihr Betrieb nur ungefähr ein Viertel von deren Umfang ausmacht. Aber sie beschäftigt dafür allein fünf Direktoren, während die Straßenbahn mit zwei auskommt.

Bei der neuesten Tarifentlohnung zahlt die Straßenbahn 1 Mark pro Stunde mehr, während die Hochbahn nur 55 Pfennig mehr zu zahlen braucht, da sie kein städtischer Betrieb ist. Trotzdem plant sie eine neue Fahrpreiserhöhung und der Aufsichtsrat, der von keinen sozialen Bedenken angekränkt ist, wird sie sicher bewilligen.

Der selbe Zweck könnte vortrefflich erzielt werden, wenn die Hochbahn mehr sparen und besser organisieren würde. Dazu wäre freilich notwendig, daß sie nicht immer auf den Profit ihrer Aktionäre schließen möchte, sondern nur von gemeinnützigen Grundfragen geleitet würde. Der sozialistische Erfolg bei der Berliner Straßenbahn zeigt von neuem, daß der Weg dazu in der Kommunalisierung liegt.

Selbst das Bürgertum muß den Erfolg anerkennen

So schreibt die „Germania“:

Auch bei den Straßenbahnen hatte man in der Offenlichkeit schon die Notwendigkeit einer Erhöhung des Tarifes erörtert. Es ist die erste erfreuliche Nachricht, die wir seit langer Zeit aus dem Rathaus erhalten, daß diese Tarifierhöhung nicht erfolgen wird. Die Reformen des Stadtbaurats Adler, die dank der Einsicht der Straßenbahngestellten ziemlich reibungslos durchgeführt werden konnten, haben den Straßenbahnbetrieb wieder wirtschaftlich gemacht. Dies gilt sowohl für die Verkehrsabwicklung wie für die Betriebsergebnisse.

Wir sind überzeugt, daß dieser schöne Erfolg einer wirtschaftlichen Betriebsführung anregend auf die übrigen städtischen Betriebe wirken wird, so daß sie von sich aus mit Reformplänen hervortreten.

Dieses Zeugnis muß man sich für den Wahlkampf merken und besonders den Demokraten, die unter Führung von Dr. Michaelis unentwegt und unbefehrbar gegen die kommunalen Betriebe arbeiten, entgegenhalten!

Die Gültigkeit der Stadtverordnetenbeschlüsse. Alle in der ersten Sitzung der einstweiligen Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 4. August 1920 gefassten Beschlüsse müssen noch einmal von den Gemeindebehörden bestätigt werden, weil sie nach der Ansicht der Aufsichtsbehörde aus formellen Gründen angefochten werden können. Die bekannte Verordnung vom

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(Nachdruck verboten.)

Das Terrain war für ihn äußerst günstig, ja forderte geradezu heraus, einen kleinen Stauweiher anzulegen, den er nach Gutdünken zur Verleselung seines Grundes verwenden konnte. Daß er dabei in die Lage versetzt wurde, den Thomanns zuzusetzen einen Teil des Wassers abzuschneiden, war ihm eine ganz besondere Freude. Und gleich wollte er mit den Arbeiten beginnen. Hatte er sich einmal etwas zurechtgelegt, so gab's keinen Aufsenhalt, kein Jögern und Zaudern mehr. Sofort wurden die schon länger lagernden Röhren herbeigeschafft; er ließ mit den Erdarbeiten zum Stauweiher beginnen und verschrub sich die nötigen Leute. Ueberall war er selber dabei gewesen, hatte angeordnet, nachgesehen und selbst mit Hand angelegt und war voller Schaffensdrang und Freude. Was da noch alles werden sollte auf dem Felsenbrunner Hof!

Nach Feierabend ging er hinüber nach Kajeberg; auch das mußte erledigt werden, und zwar gleich. Während des Tages hatte er sich die Sache noch einmal überlegt und war zu dem festen Entschluß gekommen, Kätkchen zu seiner Frau zu machen. Sie verstand zu arbeiten, sie kannte die Leute, sie hatte ihren ganz besonderen Stolz und sie gefiel ihm so, wie sie war. Daß er ihr gefiel, hatte er deutlich merken können. Es mochte wohl Reichere und Passendere in der Runde geben — er hatte gewährt und dabei Miß's. Wozu denn die Zeit mit unnützer Sucherei vertrocknen? Peter kam kein Gedanke, etwa verschmäht zu werden; er ging so sicher! Zudem wog die Sache nicht allzu schwer bei ihm, er war längst wieder mit neuen Plänen über sein Heiratsprojekt hinaus beschäftigt. Es fiel ihm auch gar nicht ein, etwa auf Umwegen anzufragen, er fiel sofort mit der Tür ins Haus.

Mama Kajeberger mußte sich sehen, so überraschend kam's ihr. Aber Kätkchen, die nur einen Augenblick stumm und ganz blaß geworden war, sagte bestimmt: „Ja, ich will ihn, ich hab ihn immer gern gehabt.“

„Was? Den Peter?“ schrie Mutter Kajeberger und stellte den Wespenleibsiganon durch eine energische Bewegung fast wagrecht in die Luft. „Den Peter? O du Dummauserin!“ Peter aber hatte, wie wenn das selbstverständlich wäre, daß ihn Kätkchen immer geliebt, seine Braut ohne weiteres fest in die Arme genommen, hatte sie herzlich auf

den Mund geküßt und sah nun mit einer Miene neben ihr, sie immer noch mit dem einen Arm umschlingend, die der Mutter zu sagen schien: „Diese ist mein Eigentum und du hast nichts weiter mit ihr zu tun.“ Die beiden kümmerten sich gar nicht um die Alte. Peter sprach kurz von seinen Verhältnissen und dann von all seinen Plänen, und Kätkchen hörte ruhig und verständlich zu. Sie und da warf sie wohl ein Wort dazwischen, wenn ihr die Sache zu kraus oder zu abenteuerlich schien; der Bräutigam lachte über ihre Einwände und sagte mit seltsam glänzenden Augen: „Ja an das „Auf und Ab“ wirst du dich gewöhnen müssen. Ich bin wie ein va-banque-Spieler, ich setze nicht Pfennige auf meine Karte. Uebermütig bin ich heute und voller Haß und Eifer, morgen wieder finstern und mißtrauisch gegen mich und andere. Phantastisch heute in meinen Plänen und morgen nüchtern und genau abwägend. Im Grunde aber doch ein Abenteurer. Ja, Kätkchen, der bin ich.“ Kätkchen schüttelte nachdenklich und dann bestimmt den Kopf: „Nein, im Grunde bist du ja ein Felsenbrunner, die Kasse schlägt doch durch. Dir ist drüber nur lovil angeflogen; du meinst, du müßtest eine Stadt in einer Nacht aus dem Erdboden wachsen lassen. Eugenie Thomann sagt das auch immer.“

„Eugenie Thomann? Verkehrst du mit ihr? Wie geht es ihr? Ich habe sie noch nicht gesehen. Hast du mit ihr gesprochen?“

„Mit Eugenie? O nein! Mit ihr nicht.“

Mama Kajeberger hustete und räusperte sich so merklich, daß Peter erstaunt nach ihr sah. Was paßte ihr denn nicht? Es war klar, daß ihr irgendetwas nicht paßte. Vielleicht weil er so lebhaft nach Eugenie frug? Er hätte sie wirklich gern gesehen und gesprochen, und es tat ihm leid, daß er bis jetzt keine Gelegenheit und keine Zeit dazu hatte finden können.

„Schade, daß du nicht mit Eugenie verkehrst, sie ist mir immer in guter Erinnerung geblieben als ein ganz besonders kluger und im Grunde gütiger Mensch.“

„Ach, die ist viel zu hochmütig, mit mir zu verkehren!“ Kätkchen hatte ein flammend rotes Gesicht.

„Glaubst du? Das würde ich sehr bedauern, ich wünschte das sehr.“

Daß Kätkchen darauf schwieg, fiel ihm nicht weiter auf, er legte dem keine Bedeutung bei; außerdem war er schon wieder bei seinen Projekten und auch bei Kätkchens vorigen Worten.

„Du magst recht haben, das Fieber von drüben steckt noch in mir. Du ahnst aber nicht, was das für eine Hecke und Jagd war! Ich wurde getrieben und gepöbelt vom Leben, vom ersten Augenblick an, als ich den Fuß auf amerikanischen Boden stellte fast bis zu meiner Rückkehr. Es war nicht immer die Not; es ist so dort drüben. Der Strudel reißt einen mit fort, man hat keine Zeit und läßt sich keine Zeit; nur immer zu, probieren, wagen, verlieren, gewinnen. Am Morgen im eigenen Wagen und abends im Straßenred; heute das, morgen das; das allgemeine Rennen steckt an. Zuletzt weiß man gar nicht mehr, warum man diese wilde Jagd mitmacht, man kann nicht mehr anders.“

„Ach sei du nur länger hier! Es wird ganz anders werden. Unsere Verhältnisse sind doch nicht die Verhältnisse in Amerika. Und dann bin ich bei dir, du bist nicht mehr allein; alles wird gut werden, wenn ich erst auf dem Felsenbrunner Hof bin!“

Kätkchen drückte Peters Hand fest und sah ihn stolz an, obgleich er ungläubig und ein wenig nachsichtig lächelte.

Und dann sprach er wieder weiter von allem, was er vor hatte; wie ein lang verlobtes Paar, aber wie ein verständiges Ehepaar sahen sie beieinander. Allmählich wurde Kätkchen müde, gab large Antworten und war erst wieder bei der Sache, als er von den Thomanns sprach. Es war wie ein Triumph in ihren Augen, und sie stachelte Peter an, mehr zu sagen; doch er blühte auf die Alte, die, des Staunens voll, daneben sah und schwieg.

Mutter Kajeberger rückte nun mit dem Plane eines festlichen Verlobungsgescheus mit „Torte und Kuchen und Blumen und Wein und Champagner“ heraus, doch Peter lehnte höflich und kurz ab. Die Alte kniff ein Auge ein, widersprach aber nicht; sie war klug genug, das Richtige zu empfinden. Hier war die Grenze, das Gitter war schon herabgefallen: Die Tochter, aber nicht die Schwiegermutter. Ihr konnte es gleich sein, sie brachte die Tochter, den Verhältnissen nach, glänzend an den Mann, wenn auch der Felsenbrunner nicht der Krösus war, als den man ihn ausgab. Wer hätte ihr denn die Tochter sonst abgenommen und sich gar nicht um Gretchen gekümmert? Wer denn? Es war also doch ein Fest für sie, und Feste mußte man feiern; also zog sie sich mit einem Privatstischlein auf das alte Sofa im Hinterzimmer zurück, für das sie in schwachen Stunden eine große Vorliebe hegte, und ließ das sonderbare Brautpaar allein.

(Fortsetzung folgt.)

30. Juli 1921 zur Sicherung einer geordneten Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin ist am 1. August d. J. veröffentlicht und hat mithin erst am 2. August d. J. Kraft erlangt. Nach den Vorschriften der Städteordnung und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung müssen aber die Fristen bezüglich der Einladung der Stadtverordneten, Einberufung der Versammlung usw. gewahrt werden. Zur Vermeidung von Einsprüchen ist nun beschlossen worden, sämtliche Beschlüsse jener Sitzung nochmals am nächsten Dienstag, den 26. d. M., einer Lesung passieren zu lassen, um allen Bedenken begegnen zu können.

Öffentliche Wählerversammlungen

Donnerstag, den 22. September, abends 7 Uhr:

Ehrendorfer Friedland: Chamisso-Schule, Barbarossaplatz;
Riederichsdorfer Weide: Schulaula Berliner Straße 31.
Referenten: Dr. Wehl und Werner.

Freitag, den 23. September, abends 7 Uhr:

Schulaula Greifenhagener Straße 20;
Weißburger Straße 4;
Pankow: Sanssouci, Nordend;
Schmargendorf: Schützenhaus.

Referenten: Bürgermeister Gen. Kubig, Frau Wehl, Dr. Wehl.

Fahrplanänderungen im Vorortverkehr

Vom Sonntag, den 2. Oktober treten im Berliner Vorortverkehr eine Reihe von Änderungen ein. Von diesem Tage ab werden die Sonntagssonderzüge ausfallen, die Sonn- und Festtags in den Morgenstunden nach Fürstensee, Freienwalde, Müncheberg, Lübben und Schatzmühlesee verkehren. Auf der Strecke Berlin—Straußberg fällt der Zug bisher ab Fredersdorf 8.55 abends aus, in der Gegenrichtung verkehrt der Zug ab Briesener Bahnhof (Schles. Bahnhof) 9.02 abends nach Fredersdorf nicht mehr. Dafür wird ein neuer Zug ab Straußberg 1.26 nachm., an Schles. Bahnhof 1.50 nachm. und ein zweiter Zug ab Fredersdorf 5.55 nachm., an Briesener Bahnhof 6.42 abends eingeleitet. Der Zug bisher ab Spanau-West 6.54 abends wird über die Stadtbahnstrecke durchgeführt; er fährt von Charlottenburg um 7.19 abends ab und läuft um 7.47 abends in Schleißer Bahnhof ein.

Der Raubmord in der Steglitzer Straße

Die Täter verhaftet, einer gekündigt.

Das Kapitalverbrechen in der Steglitzer Straße geht seiner Aufklärung entgegen. Die Täter sind der 28 Jahre alte gewerkschaftliche Einbrecher Gustav Passarge, genannt „Matrosenwilly“, ein 27 Jahre alter Mechaniker und Kraftwagenführer Heinrich Selzer aus Straßburg i. E., genannt „Harry“, ebenfalls ein Dieb und Einbrecher, und eine 41 Jahre alte Frau Helene Spanier, geborene Kowalski. Die beiden Männer waren schon einmal verhaftet, führten aber einen Alibibeweis, der angeblich nicht zu widerlegen war. In der Zwischenzeit wurden sie wegen mehrerer Kircheneindrücke verhaftet und verurteilt. Sie verübten jetzt ihre Strafe in Plöckensee. „Matrosenwilly“ hat nun unter dem Druck einer Reihe von Belastungsmomenten ein Geständnis abgelegt.

Über den Hergang der Mordtat ergibt sich daraus das Folgende:

Frau Spanier, die mit dem ermordeten Teppichhändler Selzer in Verbindung gekommen war, weil er ein Heiratsgesuch veröffentlicht hatte, wobei sie erfahren hatte, daß er vermögend war, machte zunächst Selzer auf die Gelegenheit aufmerksam. Bald wurde dann auch Passarge gewonnen. Am 3. Juni suchte Frau Spanier mit Selzer den Teppichhändler auf, unter dem Vorwande, Einkäufe machen zu wollen. Weil noch Angestellte da waren, verabredete sie eine Wiederkehr zu einer späteren Stunde. Jetzt schloß sich Passarge als Diener an. Den Selzer führte Frau Spanier als einen reichen Mann ein. Nunmehr war in später Abendstunde Reißer allein und legte der vermeintlichen Kundschaft keine Teppiche vor. Der „reiche Mann“ wählte für 20.000 M. aus und gab die Weisung, die Teppiche einzupacken. Während Reißer und der vermeintliche Diener sich daran machten, schrieb Selzer einen Scheck aus. Als Reißer dessen Annahme verweigerte, tat Frau Spanier sehr entsetzt, weil sie den Käufer als einen reichen und sehr sicheren Mann persönlich kenne. Reißer wies jedoch trotzdem den Scheck zurück. Jetzt drangen Selzer und Frau Spanier mit Messern auf den Händler ein und bearbeiteten ihn so lange, bis er tot am Boden lag. Passarge nahm nun einige Teppiche und deckte sie über die Leiche. Passarge und Selzer durchsuchten noch die Räume und alle Behältnisse.

Ein Parteijubiläum. Das Jubiläum seiner 25jährigen Parteizugehörigkeit feiert in diesen Tagen der Genosse Georg Kette, Müncheberger Straße 18. Eine Fülle legendärer Arbeit liegt hinter ihm. Zur Zeit bekleidet er das Amt eines Bezirksführers. Möge er noch recht lange im Interesse des Proletariats tätig sein!

Getötet und verbrannt? Gestern vormittag wurde der Bohogener Wache der Schutzpolizei mitgeteilt, daß eine Frau Elisabeth P. in der Croßener Straße das Kind eines vor etwa einem Jahr zu ihr gekommenen Mädchens getötet und verbrannt habe. Die Angelegenheit wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Was der Unfallchronik. Gestern abend stieß am Pariser Platz eine Kraftdroschke mit einer Radlerin, einem Fräulein Emilie Schuster, zusammen. Frä. Sch. erlitt Verletzungen am ganzen Körper und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Am Wallenplatz wurde der 57 Jahre alte Kriegsinvalide Otto Remes von einem Schlächterwagen überfahren und erlitt Verletzungen erheblicher Natur. Er wurde nach seiner Wohnung am Weidenweg gebracht. — Gestern nachmittag fuhr ein Personenauto infolge Schleuderns auf dem hübsrigen Asphaltplaster in das Schaufenster des Schneidermeisters Hermann Stryam, Neue Kottstraße 4, hinein. Durch Glassplitter wurde die in diesem Moment vorbeigehende Frau Charlotte Markuse am linken Unterarm verletzt.

Ein Opfer der Arbeit. Gestern vormittag stürzte der 22jährige Schlosser Fritz Weiland beim Legen der Ueberlandleitung auf dem Sportplatz in Cöpenick von einem 20 Meter hohen Gerüst ab.

Gamsjakowia u. Demiboff, ein hervorragendes russisches Tanzpaar tritt ab 1. Oktober in der Scala auf. Berlin dürfte seit dem Gastspiel der Pawlowa und Nijinski keine derartige Tanzattraktion gesehen haben.

Gewerkchaftliches

Bedrohung des Koalitionsrechts

Privatangeestellte oder Beamte?

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: In Artikel 159 der Deutschen Reichsverfassung ist das Vereins- oder Koalitionsrecht neu geregelt und die Vereinigungsfreiheit als unantastbares Recht für jedermann und alle Berufe staatsrechtlich gesichert. Da noch keine gesetzgeberische Regelung als Konsequenz der Verfassungsbestimmung erfolgt ist, müßten wir in der gegenwärtigen Reaktionsperiode erleben, daß nicht zu unterschätzende Kräfte am Werke sind, das uneingeschränkte Koalitionsrecht großen Teilen der Angestelltenschaft zu nehmen.

In dem Erlass des Wohlfahrtsministers vom 13. Januar 1921 betreffend die Neuordnung der Besoldung für die Angestellten der Krankenkassen z. B. wird man nicht nur einen schweren Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Träger der Sozialversicherung und ihrer Angestellten erblicken, sondern auch den Versuch sehen müssen, nichtbeamtete Angestellte unter das Sperrgesetz für öffentliche Beamte zu bringen. Erlänge dieser Versuch, so würde man, wie bei den Beamten, mit dem Gedanken operieren, daß die Kampfmittelfreiheit mit dem Dienstverhältnis der Krankenkassen-Angestellten vermögenseiner Eigenart unverträglich wäre. Das hieße, diesen Angestellten das Streikrecht nehmen. Darin läge eine Durchbrechung des durch die Verfassung verankerten Grundgesetzes. Der Erlass des Wohlfahrtsministers entscheidet aber auch im übrigen jeder rechtlichen Grundlage. Der Kampf gegen diese rechts- und verfassungswidrige Verfügung ist in vollem Gange.

Wohlfahrtsminister werden gute Sitten! In neuerer Zeit sind auch Gemeinden und kommunale Verbände dazu übergegangen, die sog. Dauerangestellten in das Beamtendienstverhältnis zu bringen, um ihnen dadurch das uneingeschränkte Koalitionsrecht zum mindesten freitrag machen zu können. Die Dauerangestellten der Stadtgemeinde Groß-Berlin sind deshalb bereits in einen Abwehrstreik getreten. Aber auch sonst fehlt es an Beispielen hierfür nicht.

Nach dem Gesetzentwurf zum Reichs-Knappschaffsgesetz sollen die Angestellten der Knappschafften aus dem gleichen Grunde zu Staatsbeamten gemacht werden. Die Betriebsräte aller deutschen Knappschaffvereine haben sich auf ihrer Tagung in Halle am 17. und 18. Juni einmütig gegen diese Absicht gewandt und gefordert, daß die Knappschaffsangeestellten nach wie vor Privatangeestellte bleiben und daß ihre Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse durch Tarifvertrag geregelt werden. Die für die Vorbereitung des Gesetzentwurfs eingesetzte Bierzeiner-Kommission, die aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter des Bergbaues besteht, soll sich auf ihrer Tagung am 9. Juli in Goslar damit einverstanden erklärt haben, daß die Knappschaffsangeestellten zu Beamten gemacht werden. Und das, obwohl auch bei dieser Gelegenheit die Knappschaffsangeestellten mit allem Nachdruck ihren Standpunkt dargelegt hatten. Es ist deshalb die Annahme nicht unbegründet, daß den Arbeitnehmers-Vertretern in dieser Bierzeiner-Kommission die grundsätzliche Bedeutung der zu entscheidenden Frage nicht in ihrer vollen Tragweite klar gewesen ist. Dadurch, daß man die Knappschaffsangeestellten zu Beamten macht, schafft man sich, nach dem Eingeständnis des Direktors des Allgemeinen Knappschaffsvereins Bohum, Herr Dr. Henke, gleichzeitig die Möglichkeit einer schlechten Besoldung der Knappschaffsangeestellten. So kurzfristig ist man nun im Knappschaffsverband nicht, daß man glaubt, die Widerstände in der Angestelltenschaft mit einer Handbewegung abtun zu können. Gestützt auf die Erfahrung, daß gesetzliche Regelungen der Riederschlag der in der Praxis bestehenden Verhältnisse sind, versucht man von den einzelnen Knappschaffsvereinen, bei Gehaltsregelungen die Knappschaffsangeestellten unter die Besoldungsordnung für Reichs- und Staatsbeamte zu bringen. Die von den Angestellten-Gewerkschaften geforderte tarifvertragliche Regelung des Arbeitsverhältnisses wird abgelehnt, noch mehr, man erklärt sogar Verhandlungen hierüber für völlig zwecklos. Wenn ein solcher Standpunkt von Industrie- oder Zeichenmagnaten eingenommen würde, so würde man das begründlich finden. Unverständlich aber erscheint es, daß selbst Vorständen von sozialen Versicherungsverträgern, die sich aus Arbeitgebern und Arbeitervertretern zusammensetzen, die diesbezüglichen Bestimmungen der Verfassung nicht geläufig sind. Artikel 165 Absatz 1 der Reichsverfassung bestimmt, daß Arbeiter und Angestellte dazu berufen sind, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzuwirken.

Angehewer viel sieht also auch für die Angestelltenschaft der Knappschaffsvereine auf dem Spiel. Sie soll praktisch in ihrer Lebenshaltung heruntergedrückt und ihrer Bewegungsfreiheit beraubt werden.

Für die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft der Pflicht, die im Kampfe stehenden Angestellten mit allen Mitteln zu unterstützen.

Wo bleiben die Aufsichtsbehörden?

Etwa 90 Prozent der Meistereien sind Kleinbetriebe. Das ist auch einer der Gründe, weshalb es der freien Gewerkschaft der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten bisher nicht möglich war, in allen Meistereien festen Fuß zu fassen. Die Folgen sind schlechte Bezahlung und lange Arbeitszeit. So werden beispielsweise in Hessen einem erwachsenen Arbeitnehmer laut Tarif 390 Mark in Buchstaben: Dreihundertundneunzig Mark gezahlt, bei einer zehnjährigen Arbeitszeit (auch Sonntags wird gearbeitet). Aber warum in die Ferne schweifen. . . . Der Betrieb des Herrn Brauer, Oberkassowstraße, Mariensf. 14, kann — ganz besonders, was die Arbeitszeit anbetrifft — eine erfolgreiche Konkurrenz mit den hessischen Betrieben aufnehmen. Wurden doch hier in diesem Sommer 14 Stunden und noch länger gearbeitet. Der Betriebsinhaber Brauer hat überhaupt seinen Beruf verlassen. Da er sehr stark absolutistisch veranlagt ist, erkennt er die Organisation oder den Betriebsrat nicht an, den seiftesten Widerspruch bezeichnet er als „Hochverweigerung“. Sein selbige absolutes Königreich von sieben Untertanen, die noch dazu durch die schlechte Bezahlung und lange Arbeitszeit recht rebellisch geworden sind, ist für seine Talente entschieden zu klein. Wir halten es jedenfalls für unsere Pflicht, auf dieses Genie die interessierten Kreise — wie Gewerkschaften, Arbeiterkommissionen usw. — aufmerksam zu machen. Aber auch dem Reichamt gegenüber wollen wir das Licht des Genies nicht unter den Scheffel stellen. Das Reichamt hat nämlich nicht nur die Verpflichtung, dafür zu

sorgen, daß den Herren Meistereibeherrern die Preispanne für jeden angewiesenen Liter Milch ausgezahlt wird, sondern und vor allen Dingen, daß die Milchbelieferung der Groß-Berliner Bevölkerung prompt von Statten geht. Und wenn nun so ein angehender Wajcha die Arbeitnehmer nicht nur schlecht bezahlt und über die zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigt, sondern auch diejenigen, die daran etwas auszuheken haben, mißamt dem Betriebsobmann, der dagegen pflichtgemäß protestiert, entläßt, so ergibt es sich von selbst, daß hier das Reichamt, um unliebsamen Vorkommnissen vorzubeugen, im Interesse der konsumierenden Bevölkerung eingreifen muß.

U.S.D. Betriebsobleute und Fraktionsführer!

Sofort Werbematerial für „rote Woche“ im Bureau, Breite Straße 8-9, abholen. Für größere Betriebe empfiehlt es sich, 2 Genossen zu senden. Ausweis mitbringen. Bez.-Verband Berlin-Brandenburg, U. S. D. J. A. H. Holz.

Aufmarsch der Buchhandels-Angestellten zum Kampf

In einer am 19. d. Mts. stattgefundenen Mitgliederversammlung des U.S.D.-Bundes lehnten die Buchhandels-Angestellten den Schiedspruch ab und beschloßen mit überwiegender Majorität, in den Betrieben eine Urabstimmung über den Streik stattfinden zu lassen.

Zwecks restloser Durchführung der Urabstimmung ersuchen wir unsere Funktionäre, sich das Abstimmungsformular vom Ortsbureau des U.S.D.-Bundes bis spätestens Freitag, den 23. d. Mts., mittags 12 Uhr, abholen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, daß das Abstimmungsformular der Organisation bis Sonnabend, den 24. d. Mts., mittags 12 Uhr, übermittelt ist. Am Montag, den 26. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, findet eine Funktionärerversammlung im Wilhelmshof, Anhaltstraße, statt, in der über die zunächst einzuschlagenden Schritte beraten wird.

U.S.D.-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Berlin SW. 61, Belle-Alliancestraße 7-10.

Drohender Kampf in der Seifenindustrie. Am Dienstag hielt der Fabrikarbeiterverband eine vollständig besetzte Branchenversammlung der Seifenarbeiter ab. Von 30 Berichteten über die stattgefundenen Lohnverhandlungen. Bislang wurden solche ohne formelle Kündigung des Lohns geföhrt. Nachdem die neue Teuerung einsetzte, wurde ohne formelle Kündigung des Lohns eine Erhöhung der Löhne um 30 Prozent ab 1. September 1921 geföhrt. Die Verhandlungen verzögerten sich. Nachdem der Tarif formell gekündigt war, fanden am 9. September 1921 Verhandlungen statt, die resultatlos verliefen. Das Resultat der nächsten Verhandlungen war, daß ab 17. September die bisherigen Löhne um 18 Prozent erhöht werden sollten. Die Diskussionen stellten fest, daß nicht nur während des Krieges und unter der Zwangswirtschaft, sondern auch jetzt noch ungeheure Gewinne bei der Fabrikation von Seife erzielt werden; den Arbeitern macht man dagegen derartig geringe Zugeständnisse! Der Betriebsrat eines Betriebes konnte berichten, daß sein Arbeitgeber die 30 Prozent Lohnzuschlag ab 1. September bereits ausgezahlt hat; dieses sei ein Zeichen, daß die anderen Firmen daselbst tun können. Das Resultat der Verhandlungen wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Branchenleitung wurde beauftragt, weitere Schritte einzuleiten, um die Arbeitgeber der Seifenindustrie für restlose Erfüllung der Forderungen zu veranlassen. Wenn nicht annehmbare Zugeständnisse gemacht werden, scheint ein Lohnkampf in der Seifenindustrie mit den äußersten Mitteln unvermeidlich.

Gewerkschaftsversammlungen

- Deutscher Verkehrsverband, Abteilung Kraftfahrer, Freitag, abends 7 Uhr, 14 Gewerkschaftshaus, große Brandenburgerstraße. Bericht über die Tarifverhandlungen vor dem Tarifkommissionenrat. — Kraftfahrer aus der Westindustrie Groß-Berlin, Freitag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1 große Brandenburgerstraße.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche Graphisches Gewerbe, Donnerstag, abends 7 Uhr, im Dresdener Kaffeehaus, Dresdener Straße 26, große Brandenburgerstraße. — Branche 19 (Kunst, Saloniererei, Spielwaren etc. groß), Donnerstag, 8 Uhr, bei Koblitz, Neue Friedrichstraße 1-3, Gewerkschaftshaus. Bericht von den Lohnverhandlungen.
- Kraftfahrer, am Sonntag, den 25. September, vormittags 10 Uhr findet im Beeters Hof, Woblerstraße 17, eine Vollversammlung statt, in der diese Gruppe teilnimmt.

Parteierversammlungen

Donnerstag, 22. September

- 12. Verwaltungsbereich (Tempelhofer Allee). Abends 7 1/2 Uhr Agitationsausflug und Unterhaltungsvorstellung bei Köpfe, Mariensf. 14, Bergstraße 7.
- 13. Verwaltungsbereich (Tempelhofer Allee). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission und sämtlicher Bürgerbevollmächtigten bei Stettler, Mariensf. 14, Gauderstraße 27.
- 14. Verwaltungsbereich, Abteilung Oberkassowstraße. Nachmittags 4 1/2 Uhr treffen sich die Genossen und Genossinnen, die sich zur Schlichtung zur Verfügung gestellt haben, im Zimmer 23-25, Wallenstr. 14.
- 15. Verwaltungsbereich (Wilmersberg). Abends 7 Uhr bei Seipke, Kronprinzengasse, Sitzung des Reichsausschusses.
- 16. Verwaltungsbereich, Abteilung Panitzsch. 7 Uhr abends Wählerversammlung in Riederichsdorfer Weide, Berlin-Sanssouci.
- 17. Bezirk (Berlin-Mitte). Abends 7 Uhr Vollversammlung der kommunalen Kommission bei Dams, Salzgasse 9.
- 18. Bezirk (Wilmersberg), 1. Abteilung. Abends 7 Uhr wichtige Bezirksversammlung bei Kroll, Mäcker Straße 21. Agitationsausflug ist eingeschrieben.
- 19. Bezirk. 7 Uhr Sitzungskommission in der Arbeiter-Bildungshalle, Breite Straße 8-9.
- 20. Bezirk. 7 Uhr Versammlung, Kalle, Fiedersche Kesselfabrik, Weidenburger Straße 4.
- 21. Bezirk. Einzelne Verhandlung bei Witzig, Gubener Straße 24.

Vereinskalender

Donnerstag, 22. September

- Lehrerinnenverein „Die Naturfreunde“, Abteilung Charlottenburg, 7 Uhr 30 Minuten im Heim, Berlin, Stallstr. 10, 10. 10. 10.
- Zentralverband der Angestellten, Holzwaren, Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Pauerlands Hof, Neue Friedrichstraße 25.
- Verband Holzgewerkschaft, Abends 7 1/2 Uhr in der Oberkassowstraße, Riederichsdorfer Weide, Vortrag des Genossen Fritz Schilling über: „Kampf der Holzgewerkschaften“.
- Verantwortlich für Politik und Revolution: Leo Blüchler, Berlin-Gröbenau; für Kommunalpolitik, Sozialen und Gewerkschaftlichen: G. Kubig, Berlin; für den Parteizentralen und politischen Mittelungen: Ludwig Kometzner, Charlottenburg; — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin, Breite Straße 20.

Kapital
Kapital
Gold, Silber (bruch)
Platin, Zahngobles (Zahn 10-150 Mark)
Ankauf zum Auslandskurs
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringergasse 34

Kapitän:
Kaufab
einmal geprobt — immer gelobt.
Heinrich Heine: „Der Herrmann und die Frau“.
Zu kaufen in den Büchereien der Herren:
Hans Verbeke, Berlin, Friedrichstraße 10.
Herrmann, Berlin, Friedrichstraße 10.
Lichtenberger Str. 22 (R.G. 2061)

Soeben erschien in zweiter unveränderter Auflage Nr. 47/48 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz

N. LENIN

Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands

Inhalt: Einleitung / Ueber Naturalsteuer, freien Handel und Konzeptionen / Politische Ergebnisse und Schlussfolgerungen / Schluß

71 Seiten Preis Mark 1.00

Zu beziehen durch Franks Verlag G. m. b. H., Leipzig

Botenfrauen sofort gesucht!

- Expedition Franzen
Wittstocker Straße 19
- „Freiheit“-Ausgabestelle, Kolbe
Weberstraße 25
- Expedition Jordan
Dresdener Straße 24
- Expedition Reifewig
Lichtenberg, Tasdorfer Str. 25
- „Freiheit“-Ausgabestelle, Mittag
Berlin-Brig, Chausseestr. 82